

Grundsatzprogrammprozess der CDU Nordrhein-Westfalen



CDU

www.cdu-nrw.de



Inhaltsverzeichnis

Vorwort von

Generalsekretär Bodo Löttgen 2

Reformkongress in Köln 4

Rede von Armin Laschet 4

Rede von Prof. Dr. Udo Di Fabio..... 25

Diskussionsbeiträge..... 42

Die CDU als Volkspartei 43

Von Dr. Guido Hitze 43

„Gibt es eine christliche Politik?“ 54

Rede von Armin Laschet 54

Rede von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck..... 56

Rede von Präses Manfred Rekowski..... 58

Rede von Dr. Claudia Lücking-Michel 59

Diskussionsbeiträge..... 61

**„Nordrhein-Westfalen und Europa
in einer globalisierten Welt“** 63

Rede von Dr. Edmund Stoiber 63

Diskussionsbeiträge..... 65

**„Gelingt sozialer Aufstieg
durch Bildung?“** 67

Rede von Dr. Ursula von der Leyen 67

Diskussionsbeiträge..... 69

„Welche Zukunft hat Familie?“ 71

Rede von Dr. Heiner Geißler 71

Rede von Prof. Dr. Ursula Münch..... 73

Beitrag von Dr. Sabine Pokorny 74

Diskussionsbeiträge..... 75

**„Sind Ökonomie und
Ökologie versöhnt?“** 77

Rede von Peter Altmaier 77

Rede von Ulrich Grillo 79

Rede von Prof. Dr. Uwe Schneidewind..... 81

Diskussionsbeiträge..... 82

**„Wie sichern wir Lebensqualität
im ländlichen Raum?“** 84

Rede von Ilse Aigner 84

Rede von Dr. Johannes Hahn 86

Diskussionsbeiträge..... 88

**„Ist das Industriezeitalter
tatsächlich zu Ende?“** 90

Rede von Günther Oettinger 90

Rede von Michael Vassiliadis 92

Rede von Armin Laschet 94

Diskussionsbeiträge..... 95

**Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen:
Geplante Gliederung** 98

**So können Sie sich in den Grundsatz-
programmprozess einbringen** 100

CDUplus..... 100

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen! 100



Bodo Löttgen

1959 in Elsenroth geboren. Der frühere Kriminalhauptkommissar, seit 1999 Mitglied in der CDU, war von 2005 bis 2012 Landtagsabgeordneter und zuletzt kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Mitglied des Kreistages im Oberbergischen Kreis seit 2009. Seit Juni 2012 Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen.

Vorwort von Generalsekretär Bodo Löttgen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde und Mitglieder der CDU Nordrhein-Westfalen,

nach der historischen Wahlniederlage bei der Landtagswahl am 13. Mai 2012 hat unsere Landespartei den Beschluss gefasst, sich der eigenen Wurzeln, der eigenen Werte und Grundüberzeugungen neu zu vergewissern. Wir können in Zukunft nur mit einer Politik auf der festen Basis gemeinsamer Werte und Grundsätze erfolgreich sein. Uns ist bewusst geworden, dass eine wesentliche Ursache der Niederlage darin bestand, dass wir unsere politischen Vorstellungen nicht mehr überzeugend zu erklären bzw. zu begründen vermochten.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat jedoch den Willen, wieder politische Erfolge zu erringen. Dazu muss sie ihren Charakter als Volkspartei bewahren bzw. erneuern: Sowohl die Rückbesinnung auf unseren Wertekompass als auch die Konzentration auf die Herausforderungen, vor die sich Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten gestellt sieht, sind Leitlinien auf diesem Weg. Daher hat der Landesverband damit begonnen, im steten Dialog mit der Basis und den Mandatsträgern politische Grundsätze für die CDU Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten, die einerseits in der reichen Tradition unserer Landespartei verankert sind und andererseits moderne Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit formulieren, welche über den tagespolitischen Tellerrand hinausweisen. Dabei wollen wir nicht in Konkurrenz mit dem Grundsatzzprogramm der CDU Deutschlands treten, sondern vielmehr auf denselben programmatischen Fundamenten, auf denen auch die Bundespartei ruht, unsere besonderen nordrhein-westfälischen Spezifika und Charakteristika betonen. Unsere Landespartei hat vor und nach der Gründung des gemeinsamen Landesverbandes im Jahre 1986 unzählige Entschließungen, Leitanträge, Wahl- und Regierungsprogramme verabschiedet, aber noch nie ein Programm, das in umfassender Weise ihre Grundüberzeugungen, ihr Selbstverständnis und ihre Zukunftsvorstellungen von Nordrhein-Westfalen zusammenfasst.

Auf dem Weg dahin haben wir im vergangenen Jahr einen Reformkongress im Kölner Gürzenich sowie insgesamt sieben Regionalkonferenzen in den verschiedenen Bezirken unseres Landesverbandes durchgeführt. Dabei ging es uns darum, gemeinsam mit Mitgliedern, Mandatsträgern, Experten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens offen und ehrlich über grundsätzliche Themen und Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft zu diskutieren. Die Themen reichten von der Frage nach dem Verhältnis von Religion und Politik über die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie, Bildung als Aufstiegsmotor, Nordrhein-Westfalen und Europa und die Zukunft industrieller Arbeit bis hin zu den Perspektiven von Familien und Lebensgemeinschaften in unserer modernen Gesellschaft. Der gemeinsame Dialog hat uns unsere Grundüberzeugungen wieder vor Augen geführt und gleichzeitig die zentralen Aufgaben, vor denen wir und unser Land stehen, bewusst werden lassen.

In dieser Broschüre finden Sie die wichtigsten Beiträge und Aussagen des Reformkongresses sowie der sieben Regionalkonferenzen, die zu weiterem Engagement und Diskussion anregen sollen. Uns ist es wichtig, die Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen nicht von oben herab zu verkünden, sondern sie gemeinsam mit den Mitgliedern zu erarbeiten. Deshalb steht die Landesgeschäftsstelle im ständigen Austausch mit den Vereinigungen, Kreisverbänden, Netzwerken und Arbeitsgruppen. Bereits seit verganginem Herbst machen sich einzelne Gruppen, Mandatsträger und Mitglieder auf der Grundlage des Gliederungsentwurfes des Landesvorstandes eigene Gedanken und haben erste Vorschläge formuliert. In CDUplus können Sie diese Beiträge einsehen, kommentieren und Änderungsvorschläge abgeben. Aber auch darüber hinaus freuen wir uns über Ihre Initiativen, Ideen und Kommentare. Denn eine echte Volkspartei kann nur eine aktive Mitgliederpartei sein!

Ihr



Bodo Löttgen



Armin Laschet MdB

1961 in Aachen geboren. Er war Mitglied des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments. Von 2005 bis 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit 2012 Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen und stv. Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands. Seit 2013 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Reformkongress in Köln

Rede von Armin Laschet

I. Begrüßung und Einführung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr auf diese ungewöhnliche Versammlung. Ich freue mich, weil wir heute in Köln zu Gast sein dürfen, wo wir als CDU-Landesverband lange nicht mehr gewesen sind. Ich freue mich aber auch darüber, dass wir heute – so wichtig die aktuelle Bundes- und Landespolitik auch sein mag – einmal über Themen sprechen, über die wir sonst nur ganz selten diskutieren. Nicht über Eurorettung, Syrien, die Steuerpolitik, nicht über Energiewende oder Beamtengehälter, sondern über die Grundsätze der CDU.

Was macht die CDU eigentlich aus?

Diese Frage war eine, die uns viele als Konsequenz aus der Landtagswahl vor einem Jahr nahe gelegt haben. Wir haben am 13. Mai letzten Jahres eine schwere, eine dramatische Niederlage erlitten. Da gibt es nichts zu beschönigen oder gar zu kaschieren. Innerhalb von nur sieben Jahren sind wir von 44,8 Prozent um beinahe 20 Punkte abgestürzt.

Was aber besonders nachdenklich stimmen muss, ist der Umstand, dass die Wähler vor einem Jahr hier in Nordrhein-Westfalen das Vertrauen in die Kernkompetenzen der CDU verloren haben. Nicht einmal mehr in unserer Domäne, der Wirtschaftspolitik, konnten wir unseren Vorsprung vor den Sozialdemokraten verteidigen.

Das alles waren mehr als Alarmzeichen. Das waren handfeste Indizien für eine sehr ernste Krise der Volkspartei CDU. Vor allem hier, im Land zwischen Rhein und Weser.

Aber wir dürfen nach knapp zwölf Monaten auch feststellen: Wir haben einen neuen Anfang gewagt. Wir haben uns ehrlich und offen mit den Gründen für unsere Wahlniederlage auseinandergesetzt. Und wir haben Fraktion und Landespartei personell wie organisatorisch neu aufgestellt. Dabei hat es manchmal noch etwas geknackt und geknirscht, doch insgesamt ist die nordrhein-westfälische CDU wieder auf einem guten Weg.

Die Wahlniederlage vom 13. Mai 2012 hat unsere Partei in ihren Grundfesten erschüttert. Aber sie bietet auch die Chance, wieder die eigentlichen Fundamente unserer Partei, die geistig-programmatischen Säulen der Union freizulegen. Bei der Suche nach den Ursachen des Wahlergebnisses kommen wir nicht um die Erkenntnis herum, dass wir den Wählern kein ausreichend attraktives Profil präsentiert haben. Wir haben für uns den Platz in der politischen „Mitte“ behauptet, ihn aber nicht begründet. Bei meinen Besuchen in den Kreisverbänden, aber auch aus den Vereinigungen, besonders aus der Jungen Union, ist mir immer wieder laut und vernehmlich der Ruf nach einer überzeugenden Selbstvergewisserung der Partei, nach einer Rückbesinnung auf ihre eigentliche Identität und ihre politischen Alleinstellungsmerkmale, entgegengehallt.

II. Fragestellung und Ziele

Wir haben diesen Appell ernst genommen. Die Frage „Wofür steht die CDU Nordrhein-Westfalen?“ muss von unseren Mitgliedern wieder mit Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen beantwortet werden.

Mit dem heutigen Reformkongress wollen wir die Arbeit an einem politischen Manifest für Nordrhein-Westfalen beginnen. Über den Zeitraum eines Jahres werden wir eindeutige, unverwechselbare Standpunkte zu den gesellschaftlich relevanten Fragen entwickeln. Wir wollen, dass die CDU Nordrhein-Westfalen eine lebendige, eine diskutierende Partei bleibt, und wo sie es noch nicht ist, wird. Das betrifft sowohl unsere Arbeit in den Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden, den Vereinigungen und

Netzwerken, als auch den Dialog mit der Wirtschaft, der Industrie und dem Handwerk, den Gewerkschaften, den Kirchen und den übrigen Religionsgemeinschaften, den Hochschulen, den Künstlern und Intellektuellen, schließlich mit den zahlreichen Vereinen und Verbänden des Ehrenamtes im sportlichen, kulturellen und sozialen Bereich.

Die CDU beansprucht heute nicht mehr nur ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft, sie ist auch entschlossen, diesen Anspruch mit Leben zu füllen. Das kann freilich nur im offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen, mit Ihnen allen! Ihr so zahlreiches Erscheinen nehme ich als ermutigendes Zeichen, dass unsere Botschaft auf fruchtbaren Boden fällt und es wieder interessant ist, sich mit und in der nordrhein-westfälischen CDU zu engagieren oder zumindest sich mit ihr auseinanderzusetzen!

III. Historischer Rückblick

Doch ehe wir den Blick nach vorne richten, erscheint es ratsam, sich zunächst der eigenen Wurzeln zu vergewissern – der historischen und ideellen Grundlagen, auf denen unsere Partei bis heute ruht und die sie zur erfolgreichsten politischen Kraft in der bundesdeutschen Geschichte hat werden lassen.

Die Spur dieser Selbstvergewisserung führt dabei ausgerechnet mitten ins Rheinland, genau hier nach Köln. Im Frühjahr und Sommer 1945 – Nordrhein-Westfalen existierte noch gar nicht – entwickelte sich das britisch besetzte Rheinland, und später auch Westfalen, neben Berlin zum Gründungszentrum einer neuen demokratischen Kraft in Deutschland, der CDU. Wichtige sozialetische Anstöße erfuhr diese Gründung aus dem Dominikanerkloster Walberberg nahe Köln. Ganz praktische Erfahrungen aus der Tradition der katholischen Arbeiterbewegung und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus brachten zahllose Männer und Frauen in die neue, ökumenisch ausgerichtete Partei ein, die früher dem alten katholischen Zentrum, den bürgerlich-liberalen Parteien und der evangelischen Bekennenden Kirche angehört hatten. Walberberg,

Köln, Düsseldorf, Essen, Bochum, Münster und Wuppertal-Barmen sind nordrhein-westfälische Orte, die auf das Engste mit diesem bemerkenswerten und folgenreichen politischen Neubeginn in seiner gesamtdeutschen Bedeutung verbunden sind.

Konrad Adenauer und Karl Arnold stehen stellvertretend für die vielen Persönlichkeiten, ohne die es keinen demokratischen Aufbruch aus den menschlichen, moralischen und materiellen Ruinen des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Diktatur gegeben hätte.

Es war in Köln, wo am 1. Juli 1945 unter der Leitung von Leo Schwering der „Vorläufige Entwurf zu einem Programm der Christlichen Demokratie Deutschlands“ vorgelegt wurde. Das klingt so unspektakulär. Aber das geschah in einer zu rund 70 Prozent zerstörten Stadt, in der nur noch die Kulisse des Doms aus dem Trümmerfeld ringsumher herausragte. Und das Ende eines furchtbaren, verbrecherischen Krieges, die Befreiung von der unmenschlichen Diktatur des Nationalsozialismus lagen erst acht Wochen zurück.

In diesen „Kölner Leitsätzen“ werden nun u.a.

- die Achtung der Menschenwürde,
- der besondere Schutz der Familie,
- die föderale Struktur des neuen demokratischen Deutschland und
- die Bejahung des Eigentums unter Beachtung des Prinzips der „sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls“

als Kernelemente christlich-demokratischer Programmatik formuliert.

Es folgten das Ahlener Programm von 1947 und die „Düsseldorfer Leitsätze“, mit denen die CDU in die erste Bundestagswahl 1949 zog. Die unionsgeführte Bundesregierung setzte anschließend konsequent das um, was in Ahlen und Düsseldorf zuvor theoretisch grundgelegt worden war: die Synthese aus katholischer Soziallehre mit ihren Grundprinzipien der Personalität, Subsidiarität sowie Solidarität und protestantischer Wirtschaftsethik, wie sie im System des Ordoliberalismus (also die

Schaffung und Erhaltung des Staates der notwendigen Voraussetzungen für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung (mit Wettbewerb) sichtbar und wirksam geworden ist. Das Ergebnis war die Soziale Marktwirtschaft.

Ahlen und Düsseldorf. Zwei Städtenamen aus Nordrhein-Westfalen. Einmal Westfalen, einmal Rheinland. In beiden Landesteilen hatten die christlichen Wurzeln die ideologischen Verheerungen des Nationalsozialismus überdauert. In beiden Landesteilen steuerten die lebendig gebliebenen Traditionen von katholischer Soziallehre und evangelischer Sozialethik die entscheidenden Impulse zur Ausbildung einer tragfähigen neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und damit zur Durchsetzung der Demokratie in Deutschland bei. Niemand anderes als Konrad Adenauer brachte schon 1951 diese Zusammenhänge auf den Punkt, als er über seine Partei schrieb:

„Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist das Kernstück der gesamten Union. Hier sind die Wurzeln unserer Kraft, nicht nur ziffernmäßig, auch weltanschauungsmäßig und der ganzen politischen Gesinnung nach.“

Adenauers Worte von 1951 sind uns heute Erbe und Auftrag zugleich.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen war lange Jahre hindurch ein zentrales Element der Union, qualitativ und quantitativ. Heute scheint es mir, als ob wir selbst nur noch das quantitative Moment betonen mit dem Hinweis, dass wir ein Drittel der Delegierten auf den Bundesparteitag stellen. Wir sollten in Zukunft gemeinsam daran arbeiten, die der nordrhein-westfälischen CDU zukommende Rolle innerhalb der CDU Deutschlands künftig wieder in jeder Hinsicht auszufüllen.

Deswegen sind wir heute nach Köln zurückgekehrt, sozusagen an den historischen Ausgangspunkt unserer Geschichte. Wir brauchen deshalb nicht wieder bei Null anzufangen, aber es lohnt sich, einmal zurückzublicken auf das, was aus den Kölner Leitsätzen, dem Ahlener Programm und den Düsseldorfer Leitsätzen für praktische Politik erwachsen ist,

um erfassen zu können, welche Kraft unserer Programmatik über alle Epochengrenzen hinweg innewohnt.

So waren es doch immer ganz maßgeblich die vermeintlich so rückständigen, Christlichen Demokraten, welche den modernen deutschen Sozialstaat aufgebaut und geprägt haben und an der Spitze des gesellschaftlichen Fortschritts standen. Wer wagt es denn heute noch zu sagen, dass die immer noch wirksamen Sozialreformen der Weimarer Republik, allen voran die Einführung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenversicherung, das Werk des Zentrumspolitikers und Geistlichen Heinrich Brauns in seiner Funktion als Reichsarbeitsminister gewesen sind?

Wer vermag noch daran zu erinnern, dass die Grundlagen des so gepriesenen sozialpolitischen Erfolgsmodells Bundesrepublik nicht von den Gewerkschaften und der SPD in den Regierungsjahren der Kanzler Brandt und Schmidt, sondern in der als reaktionär diffamierten Ära Adenauer von der Union geschaffen worden sind, fortgesetzt von der christlich-liberalen Koalition unter Helmut Kohl nach 1982?

Dazu zählen

- das Betriebsverfassungsgesetz,
- die Montanmitbestimmung,
- der Lastenausgleich für die Vertriebenen und Flüchtlinge,
- das Bundesversorgungsgesetz,
- die dynamische Rente,
- die Reform der Sozialhilfe,
- das Ausbildungsförderungsgesetz,
- die staatlich geförderte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand,
- die Einführung des Kindergeldes,

aber auch

- das Erziehungsgeld,
- der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie,
- die Anerkennung von Erziehungszeiten für die Rente,

- die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung,
 - das Elterngeld und den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz
- und vieles mehr.

Und wer musste das geradezu revolutionäre Konzept der Sozialen Marktwirtschaft damals gegen das veraltete planwirtschaftliche Modell der Sozialdemokraten durchsetzen? War es etwa Ausdruck einer reaktionär-nationalistischen Politik, wenn unionsgeführte Bundesregierungen verantwortlich zeichneten für die Gründung der Montanunion, für die Westbindung der jungen Bundesrepublik, für die Römischen Verträge als Gründungsakte der EG, für die vertiefte Europäische Integration mit Binnenmarkt und dem Euro als Gemeinschaftswährung sowie für die Überwindung der deutschen Teilung in Freiheit und mit Zustimmung unserer Nachbarn in Ost und West?

Und heute ist es eine CDU-Bundeskanzlerin, die an der Spitze derjenigen Kräfte steht, welche die Grundlagen des Euro gegen alle Versuche verteidigt, unsere Gemeinschaftswährung aufzuweichen und damit auf Dauer zu ruinieren.

Aber auch speziell wir in Nordrhein-Westfalen, wir als CDU NRW, wir als Erben von Konrad Adenauer, Karl Arnold, Franz Meyers, Josef Hermann Dufhues, Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf, müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Bei uns und in unserem Land sind nicht nur die entscheidenden programmatischen Impulse für die gesamte Union formuliert worden.

Karl Arnold sorgte für die Aufnahme der Mitbestimmung in die Landesverfassung von 1950, förderte nach Kräften die Idee der Montanunion und formulierte den Anspruch Nordrhein-Westfalens, das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“ zu verkörpern. Es war Franz Meyers und kein sozialdemokratischer Ministerpräsident, auch nicht Johannes Rau, der gemeinsam mit dem Kultusminister Paul Mikat in den sechziger Jahren mit der Akademisierung des Ruhrgebiets als einem entscheidenden Beitrag zu einem aktiven Strukturwandel begann, der Arbeiterkindern

half, sozialen Aufstieg durch Bildung zu verwirklichen und der Umweltpolitik zur Chefsache der Landesregierung machte. Und es waren wir in der Opposition, die bereits im Wahlprogramm von 1980 die Öffnung des Ganztags schulbetriebs für alle Schulformen und dann ab Mitte der 80er Jahre mehr Krippenplätze, die Unterstützung von Tagesmüttern und ein Landeserziehungsgeld gefordert haben, um eine echte Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie bzw. eine verbesserte Vereinbarkeit zwischen beiden Bereichen zu ermöglichen.

Schließlich ist es die CDU gewesen, die als erste Partei in Nordrhein-Westfalen nach dem furchtbaren Brandanschlag von Solingen, der sich in diesem Mai zum 20. Male jährt, ein Zuwanderungsgesetz mit detaillierten Anforderungen an eine erfolgreiche Integrationspolitik mit Rechten und Pflichten für Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen vorgeschlagen hat.

Es hat mich deshalb besonders gefreut, dass Mevlüde Genc, die Mutter der Opfer von Solingen, zu unserer Fraktion als Wahlfrau der CDU Nordrhein-Westfalen bei der 15. Bundesversammlung 2012 gehörte.

IV. Grundwerte und Selbstverständnis

Zweifellos haben sich die historisch-politischen Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Parteiendemokratie seit 1949 und dann noch einmal seit 1990 erheblich verändert. Bis in die 1970er Jahre hinein brauchte die Union ihren christlichen Wertehintergrund in Gestalt des „C“ nicht ausführlich zu begründen oder gar zu erklären, weil das Christentum die weitgehend akzeptierte kulturelle Norm der Gesellschaft verkörperte. Diese Selbstverständlichkeit ist heute nicht mehr vorhanden. In Ostdeutschland und auch in vielen westdeutschen Großstädten gehören getaufte Christen mittlerweile zur Minderheit. Da jedoch das Verständnis von „christlicher Politik“ bei den Unionsparteien niemals ein religiös-klerikales, sondern von Beginn an ein kulturell-gesamtgesellschaftliches, sozusagen „säkularisiertes“ gewesen ist, haben sich die Grundlagen ihres politischen Selbstverständnisses auch nicht wesent-

lich verändert. Sie müssen jetzt, im 21. Jahrhundert, nur mit ungleich größerem Aufwand als früher kommuniziert, verständlich gemacht werden.

Besagte Grundlagen sind dabei einigermaßen komplex, aber durchaus logisch und damit nachvollziehbar aufgebaut. Vor allem sind sie zeitlos gültig. Das bedeutet für die CDU einen klaren Wettbewerbsvorteil.

Die erste und wichtigste programmatische Säule der Union ist das „christliche Menschenbild“, ein ökumenisch-kulturell und nicht kirchlich-dogmatisch geprägtes Verständnis von Mensch, Staat und Gesellschaft. Dieses Verständnis nimmt den Menschen weder einseitig als Kollektiv noch als Individuum, sondern als Person wahr. Es lebt von seiner Rückkoppelung mit den christlichen Glaubensüberzeugungen und den Traditionen der christlich-jüdisch-abendländischen, mithin europäischen, das heißt vom Geist der Aufklärung geprägten Kultur.

Seine ihm zugrunde liegenden Wertvorstellungen sind aber auch einem Nicht-Christen, einem Andersgläubigen oder einem überzeugten Agnostiker und einem Nicht-Europäer als grundsätzlich vernünftig zu vermitteln.

Denn es gehört zur Natur des Menschen, dass ihn erst die Verbindung seiner Individualität mit seiner Sozialität zur eigenständigen Person werden lässt. Aus dieser Personalität bezieht er schließlich seine unveräußerliche Würde, wenn man jene nicht theologisch als Gottesebenbildlichkeit des Menschen begründen kann oder will.

Nur ist diese Erkenntnis nicht neu. Kurt Biedenkopf etwa hat schon vor dreißig Jahren so argumentiert. Wenn man so will, spiegelt sich in ihr unser originäres Profil.

Übrigens führt unsere Profilsuche in diesem Punkt wieder einmal unmittelbar nach Nordrhein-Westfalen, in die Geschichte unserer Landespartei: Auf dem Vereinigungsparteitag der beiden Landesverbände

Rheinland und Westfalen-Lippe zur CDU NRW am 8. März 1986 in Düsseldorf sagte der damalige Generalsekretär Heiner Geißler:

„Der christliche Glaube gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Was heißt ‚Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes‘? Es heißt: Die Würde des Menschen muss unabhängig von seinem Erfolg oder Misserfolg und unberührt vom Urteil der anderen bleiben, weil der Mensch letztendlich nicht vom Menschen, sondern von Gott stammt und abhängig ist. Deshalb kann und muss der Mensch als eine einmalige und unverfügbare Person geachtet werden. Wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt sind nach Auffassung der Christlich-Demokratischen Union keine Werte an sich, sondern sie gewinnen ihren Wert ausschließlich und allein dadurch, dass sie den Menschen dienstbar gemacht werden.

Der Mensch ist zur sittlichen Verantwortung befähigt, aber er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen und damit nach dem Verständnis beider Konfessionen in der Verantwortung vor Gott. [...] Unser personales Verständnis vom Menschen ist auch der Schlüssel für das unverwechselbare Profil der CDU, was die Grundwerte anlangt. Die Freiheit ist für uns nicht das Ergebnis gesellschaftlicher Leistung, wie es das sozialistische Freiheitsverständnis formuliert. Personalverantwortete Freiheit, Selbstverantwortung und Mitverantwortung der Gemeinschaft und Solidarität sind für uns nicht der Kampfaufruf, mit Gleichgesinnten – womöglich noch innerhalb einer Klasse – die eigenen Interessen durchzusetzen, sondern für uns ist die Solidarität die Solidarität der Starken mit den Schwachen, ist Solidarität aber auch Solidarität der heutigen Generation mit der kommenden. Es widerspricht daher unserem Verständnis von Solidarität, die Zukunftsinteressen der Bürger den Gegenwartsinteressen zu opfern.“

Diese Worte wurden vor beinahe drei Jahrzehnten gesprochen. Doch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise unserer Gegenwart, die exzessive Abkoppelung der Finanz- von der Realwirtschaft haben ihre un-

gebrochene Aktualität eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gehören zu unserem Markenkern genauso wie das Christliche Menschenbild, das liberale und das konservative Element.

Weil wir Christlichen Demokraten den Menschen ernst nehmen, definieren wir ihn als Person und nicht als bloßen Bestandteil eines anonymen Kollektivs. Weil wir an die Würde einer jeden Person glauben, ist für uns die Freiheit das oberste Prinzip. Wir meinen allerdings keine Freiheit ohne Grenzen. Das wäre Anarchie. Wir stehen für eine Freiheit in Verantwortung. Wir trauen den Menschen zu, von ihrer Freiheit verantwortlich Gebrauch zu machen. Das kann auch eine Zumutung sein.

Wer jedoch die Menschen vor allen Zumutungen des Lebens bewahren will, entmündigt sie und zwingt sie in gleichmacherische Systeme, wo individuelle Leistung und Verantwortung nichts mehr zählen. Und wer die Menschen entmündigt, nimmt ihnen einen wesentlichen Teil ihrer Würde.

Diese Bevormundung erleben wir heute nahezu überall und ganz konkret. Familien wird vom Staat gesagt, wie sie ihr alltägliches Zusammenleben zu gestalten haben und in welchem Umfang sie ihren Erziehungsauftrag staatlichen Einrichtungen übertragen sollen. Schließlich reicht die staatliche Bevormundungs- und Entmündigungsmanie bis zu unseren ganz persönlichen Ernährungsgewohnheiten: Beim sogenannten „Veggie day“ soll uns vorgeschrieben werden, auf den Verzehr von Fleisch zu verzichten.

Wir dagegen wollen den Menschen im allgemeinen, aber gerade auch in den genannten Beispielen ihre Freiheit belassen.

Dazu zählt in besonderem Maße der Sozialbereich: Wer Sozialpolitik lediglich als Alimentierung des „Prekariats“ versteht, versorgt die Menschen am unteren Ende unserer Wohlstandspyramide zwar, aber er lässt

den Einzelnen auch in der Masse seiner Leidensgenossen ohne Perspektive zurück. Der verwechselt Gleichheit mit Gerechtigkeit.

Der Hartz-IV-Empfänger ist doch nicht deswegen stigmatisiert, weil er für eine bestimmte Zeit eine staatliche Unterstützung in bestimmter Höhe bezieht, die ihm vielleicht nicht die Befriedigung aller seiner materiellen Bedürfnisse und Wünsche gestattet. Er ist deshalb in seiner Würde bedroht, weil ihm die Gesellschaft nicht mehr zutraut bzw. ermöglicht, aus eigener Kraft seine Bedürfnisse zu stillen und seine Wünsche zu erfüllen. Eine ständige Aufstockung der Hartz-IV-Sätze vermag dieses fundamentale Problem niemals zu lösen.

Wir müssen daher nicht ständig die Hartz IV-Sätze erhöhen, sondern die Betroffenen aus Hartz IV herausholen!

Das ist ein Teil unserer Aufstiegsidee, wie sie von Ursula von der Leyen in Gestalt der Bildungsgutscheine in einem wichtigen Teilbereich ganz konkret umgesetzt worden ist.

Das Besteckende an unseren Grundwerten und Überzeugungen ist, dass sie sich notwendig bedingen. Eine durch das christliche Verständnis vom Menschen getragene Sozialpolitik ist nicht etatistisch, sondern subsidiär, unterstützend. Nicht auf das Kollektiv hin ausgerichtet, sondern auf die Person und die Lebensgemeinschaften, allen voran die Familie. Sie will auch nicht gleichmacherisch wirken, sondern in den Grenzen des Möglichen Gerechtigkeit schaffen.

Für all das brauchen wir Freiheit, also das liberale Prinzip. Doch wir lehnen eine Vergötzung des Individuums ab. Auch und gerade in der Wirtschaft. Hier zählt für uns eben nicht nur die Freiheit zu wirtschaftlicher Betätigung, sondern auch das Teilen der Profite und insbesondere die persönliche Haftung für Fehler und Misserfolge. Und dies auf allen Ebenen. Unser Wirtschaftsverständnis verbindet verantwortete Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit, nicht mit Gleichheit. In Freiheit übernommene Verantwortung und Haftung für das, was man tut, gehören zusammen.

Unser Verständnis von Wirtschaft und sozialer Verantwortung ermöglicht aber auch wahre Solidarität der Starken mit den Schwächeren und nicht eine der Schwachen mit den Schwächsten.

Schließlich bleibt noch die konservative Idee. Der aufgeklärte Konservatismus der Union ist keine geronnene Ideologie, kein reaktionärer Strukturkonservatismus, der jede Veränderung und jede neue Idee bekämpft, kein Chauvinismus und auch kein kritikloses Verklären alter Zeiten. Unser Verständnis von Konservatismus ist modern und zukunftsorientiert, getragen vom Wissen um die Bedeutung von sozial verantworteter Freiheit, von praktizierter Gerechtigkeit, von gelebter Solidarität, geprägt durch unser realistisches Menschenbild und das Vertrauen auf die unbegrenzte Gültigkeit unserer Grundwerte wie Menschenwürde, Heimatliebe, Pflichterfüllung und Subsidiarität.

Die drei Programmsäulen der Union, die christlich-soziale, die liberale und die konservative, stehen in einem unmittelbaren, komplementären, aber sich gegenseitig auch eingrenzenden und konkurrierenden Verhältnis zueinander. Das christliche Element „zähmt“ den Liberalismus sozial wie kulturell und bewahrt den Konservatismus vor einem Rückfall in die pure, sozial desinteressierte und nationalistisch bis chauvinistisch verblendete Reaktion.

Das liberale Element befreit das christliche von einer durchaus immer drohenden religiös-kulturellen Engstirnigkeit und öffnet es dem Fortschrittsgedanken. In seiner ordoliberalen Gestalt ergänzt es darüber hinaus die Prinzipien der katholischen Soziallehre um das Modell einer sich unternehmerischer Freiheit wie sozialer Verantwortung gleichermaßen verpflichtet fühlenden Wirtschaftsordnung, die wir gemeinhin als Soziale Marktwirtschaft bezeichnen.

Das konservative Element wiederum sorgt dafür, dass der Sinn für Bodenhaftung und Bodenständigkeit erhalten bleibt und patriotisches Empfinden sich in einem christlich-sozialen Umfeld einzubringen vermag und nicht an den rechten Rand der Gesellschaft abgedrängt wird.

Alle drei Elemente zusammengenommen bilden unsere Gesellschaft in ihrer ganzen Breite ab.

V. Unser Staats- und Gesellschaftsverständnis

Das alles klingt nach grauer Theorie. Doch es kann sehr konkret werden. Für Sozialdemokraten und Grüne ist der Mensch in der Tradition der marxistischen Theorie zunächst und in erster Linie ein Produkt seiner Umwelt und der sie bestimmenden Ungleichheit der Lebensverhältnisse.

Also gehören diese unterschiedlichen Lebensverhältnisse egalisiert.

Exakt hier verläuft eine scharfe gesellschaftliche Trennlinie. Auf der einen Seite stehen die Verfechter eines Staatsverständnisses, das am liebsten alle bestehenden Unterschiede in der Gesellschaft einebnen, alle Menschen gleichbehandeln und jedem Einzelnen die Notwendigkeit individueller Entscheidungen oder persönlich schwieriger Erfahrungen abnehmen möchte.

Dafür allerdings braucht es einen starken, omnipotenten und omnipräsenten Staat, der soviel Kompetenzen wie nur irgend möglich an sich zieht und sich damit systematisch finanziell wie administrativ überfordert. Wenn der Staat jedoch alles besser weiß und besser macht als seine Bürger, dann braucht es auch immer mehr Beamte, die alles regeln mit immer mehr und immer detaillierten Gesetzen und Verordnungen und es braucht mehr Beamte, die penibel die Einhaltung ihrer Regeln durch die Bürger überwachen, dann wachsen Bürokratie und Verwaltung und schließlich die Schuldenberge.

Schon heute sind 43 Prozent des gesamten Landesetats Personalkosten, unter Rot-Grün seit 2010 mit steigender Tendenz bei sinkender Bevölkerungszahl.

Wir Christlichen Demokraten dagegen definieren den Menschen demgegenüber als vernunftbegabtes, doch von Natur aus unvollkommenes

Wesen, zu dessen elementaren Eigenschaften eine natürliche Ungleichheit, besser Verschiedenheit von Profilen und Begabungen, zählt.

Die dem Menschen naturrechtlich zukommende unantastbare individuelle Würde gebietet es jedoch, seine Unterschiedlichkeit nicht nur zu akzeptieren, sondern ihn soweit als möglich in seinen Stärken zu fördern.

Freiheit setzt nach diesem Verständnis immer auch Ungleichheit voraus, diese Ungleichheit darf aber nicht zu Benachteiligung oder gar Diskriminierung führen.

Nicht die Gleichheit der Lebensverhältnisse ist hiernach das Ziel der Politik, sondern die Ermöglichung individueller begabungsgerechter Lebensperspektiven.

Mit einem solchen Gesellschaftsmodell geht schließlich auch ein ganz bestimmter Solidaritätsbegriff einher: Solidarität meint nach christlich-demokratischem Verständnis nicht den Zusammenhalt Gleicher mit Gleichen, sondern die Unterstützung der Schwachen durch die Starken. Ein solches Solidaritätsverständnis setzt wiederum zwingend das Bekenntnis zu Selbständigkeit und Elitenbildung voraus.

Schließlich wollen wir keinen liberalen Nachtwächterstaat und keine kalte Marktökonomie. Aber wir brauchen eine neue „Kultur der Freiheit“ auch und gerade für vorstaatliche Räume, um dem Staat die Möglichkeit zu geben, sich selbst vor Überforderung zu schützen.

Denn erst dann vermag er sich zu konsolidieren und auf seine wirklichen Kompetenzen erfolgreich zu konzentrieren.

VI. Auswirkungen auf die nordrhein-westfälische Landespolitik

Dies gilt im Übrigen für alle auch in der Landespolitik relevanten Politikfelder gleichermaßen: Für die Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik genauso wie für die Familien-, die Bildungs- oder die Integrationspolitik sowie den sozialen Sektor mit den so wichtigen Bereichen Gesundheit und Demographie.

Und deshalb wird die CDU NRW nicht nur den Begriff „sozial“ neu definieren, sondern auch die einzelnen Politikfelder als zusammenhängende Einheit begreifen. Wir setzen dabei auf den Topos von NRW als dem potentiellen „Aufsteigerland“.

Wir wollen den Menschen die Freiräume und Möglichkeiten zurückgeben, sich weiterzuentwickeln, aufzusteigen.

Ohne Ellenbogen, aber mit Willenskraft, Wissensdurst, Eigeninitiative und sozialer Kompetenz.

Das Prinzip des Aufstiegs muss dabei von der Kita bis zum Meisterbrief, von der Grundschule bis zur Universität, von der Ausbildung bis zur Promotion gelten und alle umfassen vom Hartz-IV-Empfänger bis zum Handwerker und Akademiker. Unsere Aufstiegsidee eröffnet neue Chancen für Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Es ermöglicht Aufstieg unabhängig von der Herkunft der Eltern. Der Mensch fängt für uns nicht erst mit dem Abitur an. Ein Kind, dessen Eltern von sozialen Transferleistungen leben, das später seine Ausbildung schafft und die Meisterprüfung ablegt, ist genauso ein Beispiel für sozialen Aufstieg wie der erfolgreiche Hochschulabsolvent aus einer Arbeiterfamilie.

Wir geben niemanden verloren und jedem eine Chance!

Der Staat muss hierfür die Voraussetzungen schaffen und Hilfe geben, wo es nötig ist. Aber er kann und darf nicht überall für die gleichen Ergebnisse sorgen wollen.

Verordnete Gleichheit ist das Gegenteil von Gerechtigkeit und der natürliche Feind der Freiheit.

Wir werden weiterhin bemüht sein den Nachweis zu führen, dass eine angebliche „präventiv“ wirkende Verschuldungspolitik nicht nur die strukturpolitischen Gestaltungsspielräume der Landespolitik extrem einengt, sondern gerade auch in den generationenübergreifenden Themenfeldern wie Bildung, Familie und Integration notwendige Investitionen massiv behindert wenn nicht gar unmöglich macht, weil sie mit Alibis und nicht mit konkreten Inhalten arbeitet und dem Staat die materiellen Grundlagen seiner Handlungsfähigkeit systematisch entzieht, die gerade für die Schwächeren so wichtig ist.

VII. Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Die Globalisierung mit all ihren positiven wie negativen Begleiterscheinungen, die Veränderung des Klimas, der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, die demographische Revolution – das sind die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, denen wir uns bereits heute und unmittelbar zu stellen haben.

Zur Bewältigung der vielen Probleme unserer Gegenwart zählt zunächst die Kenntnisnahme einer wachsenden Abkoppelung der Ökonomie von Staat und Gesellschaft. Wirtschaft als Selbstzweck verstanden aber gibt ihre soziale Verantwortung preis und stellt sich dadurch selbst in Frage. Eine Ideologie des radikalen „Besitzindividualismus“ zerstört ohne sozialethische Begrenzungen die Grundlagen der Gesellschaft.

Ohne verklammernde Fundamente jedoch bricht die gesellschaftliche Ordnung über kurz oder lang auseinander. Das sind die existentiellen Lehren der aktuellen internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Und zu diesen gehört auch die Notwendigkeit, den Prozess einer sich selbst segmentierenden Gesellschaft aufzuhalten, ehe es zu spät ist.

Am besten, und an diesem Punkt treffen wir uns wieder mit der alten politischen Tradition Nordrhein-Westfalens, gelingt dieser Kampf, wenn er nicht nur aus der Mitte der Gesellschaft heraus geführt wird, sondern speziell um und für diese Mitte.

Daher ist ein solcher Kampf weder „links“ noch „rechts“ und schon gar nicht rückwärtsgewandt.

Wer eine Spaltung der Gesellschaft verhindern will, der hat die ordnungspolitischen Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft bei allen politischen Entscheidungen zu beachten. Nur das schafft die Chancen zum sozialen Aufstieg und Wohlstand für alle.

Nie war Soziale Marktwirtschaft so aktuell wie heute.

VIII. Fazit und Ausblick

Mit ihren Definitionen von „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ besitzt die Union ein unverwechselbares Alleinstellungsmerkmal. Darauf können, wollen und werden wir uns besinnen!

Das Verhältnis der Generationen, Sicherheit für Familien, Bildungschancen für alle Kinder, eine gelungene Integration sind dabei Punkte, die nicht minder für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend sind als eine gute Wirtschafts- und eine solide Finanzpolitik. Die Qualität unserer Politik insgesamt bemisst sich nicht am kurzfristigen Erfolg, sondern an ihrer Nachhaltigkeit. Das war so in der Vergangenheit und muss auch für die Zukunft gelten. Noch immer steht die Union mit ihrer Politik für das Lebensgefühl breiter Bevölkerungskreise, für die und in der Mitte der Gesellschaft. Und das gelingt uns deshalb, weil wir uns nicht in Randthemen verlieren, sondern den Kernbereich der Gesellschaft treffen.

Wir können daher wie ich finde in aller Gelassenheit der Klärung der Frage entgegensehen, wer von den politischen Kräften in diesem Land die moderneren, überzeugenderen Angebote zu machen in der Lage ist.

Modern bedeutet in diesem Zusammenhang genau nicht, einfach den aktuellen politischen Moden zu folgen. Denn wer stets bemüht ist, dem Zeitgeist hinterher zu hecheln, wird diesen nie einholen, weil der Zeitgeist immer den entscheidenden Schritt voraus ist.

Wir als CDU Nordrhein-Westfalen bleiben ruhig und besonnen. Denn wir verfügen über einen sicheren Kompass für die Zukunft. Mit unserem Verständnis vom Menschen, vom Staat. Und mit unserer Kompetenz!

Beides, Kompass und Kompetenz, haben ihrerseits untrennbar mit den Grundwerten und Überzeugungen der CDU zu tun. Die Bandbreite unserer Volkspartei CDU ist enorm groß. Darin liegt auch unsere Chance.

Die CDU NRW ist eine Partei, in der Norbert Blüm und Friedrich Merz ihren Platz haben müssen und ihren Platz haben werden.

Vor uns liegt ein beschwerlicher, ein mühseliger und vielleicht auch ein langer Weg. Lassen Sie uns nicht in unangebrachte Hektik verfallen, sondern die notwendige Zeit nehmen für einen grundlegenden Neuaufbau. Gründlichkeit geht in diesem Fall vor Schnelligkeit.

Wenn es uns gelingt, gemeinsam unser originäres Profil, unseren politischen Markenkern, wieder neu zu entdecken und den Bürgerinnen und Bürgern verständlich zu machen, und wenn es uns möglich ist, daraus eine konkrete Vision für unser aller Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, die dem Land wirklich weiterhilft, dann werden wir auch wieder das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler erringen und Regierungsverantwortung übernehmen können.

Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, Ihre Solidarität und Ihre aktive Mitarbeit!

Eindrücke vom Reformkongress

13. April 2013

Köln, Gürzenich





Videos der Veranstaltung finden Sie auf unserer Internetseite unter www.cdu-nrw.de/reformkongress.

Rede von Prof. Dr. Udo Di Fabio

Sehr geehrter Herr Präsident des Deutschen Bundestages,
verehrte Abgeordnete,
lieber Herr Landesvorsitzender Armin Laschet,

warum lädt man einen parteilosen Professor ein, damit er auf einem solchen Reformkongress, spricht? Ich vermute, dass Sie die Erwartung haben, dass ein Professor all das, was Armin Laschet gerade klar und richtig gesagt hat, noch einmal etwas komplizierter bestätigt, und genau daran will ich mich machen.

Ich soll über Freiheit reden und über die kulturellen Voraussetzungen der Freiheit. Freiheit ist natürlich einer der Großbegriffe unserer gesellschaftspolitischen Debatte, genau wie Gerechtigkeit oder Gleichheit. Jeder meint zu wissen, was damit gemeint ist. Jeder benutzt den Begriff, aber mit völlig verschiedenen Bedeutungen und mit zum Teil gegenläufiger Konnotation. Freiheit ist kein spontan eintretender Zustand, der dann eintritt, wenn Diktaturen nicht mehr bestehen. Freiheit kann zwar erst eintreten, wenn Diktaturen nicht mehr bestehen, aber dann beginnen eigentlich erst das Definitionsproblem und der Streit über das, was Freiheit ist.

Persönliche Freiheit muss immer wieder gewollt sein und immer wieder gewollt werden, weil Kollektivismus, kollektivistisches Denken, Funktionalismus, die Tendenz der Bevormundung und die Herrschaft der Sachzwänge späte Sirenengesänge der modernen Gesellschaft sind. All das ist natürlich da und Funktionalismus und Sachzwänge kann man auch nicht wegdiskutieren, aber leiten lassen darf man sich davon nicht. Wenn gesagt wird, Programmatik, das ist doch etwas, was Parteien für bunte Blätter machen, wo keiner reinguckt und was bloße Theorie ist, und es käme nur darauf an, praktische Probleme zu lösen, also puren Pragmatismus zu betreiben, dann täuscht man sich. In den großen Krisen der modernen Gesellschaft, und mein Eindruck ist, dass wir gut daran tun, uns auch auf künftige Krisen einzustellen, herrscht Zeitnot.



Prof. Dr. Udo Di Fabio

1954 in Duisburg als Nachkomme italienischer Einwanderer geboren. Sein Großvater war Stahlarbeiter bei Thyssen. Von 1999 bis 2011 Richter am Bundesverfassungsgericht. Seit 2003 Professor für öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn.

Und wenn Zeitnot herrscht, wenn plötzlich Bankenvertreter zur Kanzlerin kommen und sagen, wir haben da ein kleines Liquiditätsproblem, es könnte sein, dass morgen nichts mehr aus den Geldautomaten kommt, in diesem Augenblick muss Politik handeln können. Und wenn die Politik dann keine Idee hat, keine Idee von Gesellschaft und vom Menschen, dann wird sie vermutlich falsche Weichen stellen. Und wenn falsche Weichen gestellt werden, dann kann man das nicht ohne Weiteres korrigieren.

Also das theoretische und das programmatische Bewusstsein, wofür eine große Volkspartei eigentlich steht, welche zulässigen Positionen es in einer Gesellschaft gibt und welche Positionen eine freiheitliche Gesellschaft in die Irre führen, das ist gerade dann wichtig, wenn die Sachzwänge übermächtig werden. Gerade dann braucht man eine normative Orientierung. Und deshalb ist es gut, wenn eine Landespartei, die in der Opposition befindlich ist, die Zeit der Opposition nicht nur zur Kontrolle der Regierung, sondern auch zur eigenen Selbstfindung für die spätere Regierungsverantwortung nutzt.

Meine Damen und Herren, im politischen Koordinatensystem gibt es natürlich verschiedene Strömungen und die muss es geben. Und jede politische Strömung hat einen berechtigten Kern, solange sie sich auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt. Der politische Liberalismus vertraut in besonderer Weise auf die Kraft und die Eigeninitiative der Menschen, die sich frei nach ihren Plänen entfalten. Der politische Liberalismus will deshalb den Staat auf ein Minimum, vor allem der Friedenssicherung Innen und Außen, aber natürlich auch der sozialen Friedenssicherung, reduzieren. Die Sozialdemokratie strebt nach staatlicher Macht, weil sie sie ausbauen will, um die Privatwirtschaft zu zügeln und zu lenken und wirtschaftliche und soziale Ungleichheit zu korrigieren. Grün-ökologisches Gedankengut möchte ebenfalls den Staat nutzen, um die Folgen der Marktwirtschaft für die natürlichen Lebensgrundlagen zu begrenzen und um das Programm der gesellschaftlichen Emanzipation derjenigen Gruppen, die sich als Randgruppen begreifen, voranzubringen.

Soweit so gut. Was ist mit der Christdemokratie?

Nun hat Armin Laschet die Identität, den Markenkern der Christdemokratie gerade dargestellt und deshalb kann man sich in einem solchen Kreis eigentlich kurz fassen.

Konservativ, das allein wäre nicht ausreichend. Konservativ ist zwar nicht nur eine Bezeichnung des politischen Gegners, sondern so bezeichnen sich auch bürgerliche Parteien selbst. Aber so gut und richtig Vorsicht und Pragmatismus kluge Lebenseinstellungen sind, so sind diese Tugenden, diese Lebenseinstellungen zugleich noch kein normativ taugliches Gesellschaftskonzept. Also in der Krise zu sagen, wir brauchen Zeit, um zu entscheiden, ist manchmal klug, aber das kann keine sachliche Orientierung geben. Christdemokratisch und auch christsozial sind keine Defensivpositionen. Dass die einen mit ihren Entwürfen, Reformvorschlägen und Visionen antreten, während die Christdemokraten immer erst abwägen und ablehnen, bevor sie später dann vor vollendete Tatsachen gestellt werden und irgendwie mitziehen müssen, stimmt für die Bundesrepublik bereits historisch nicht, Armin Laschet hat das gesagt, aber es ist auch heute als reaktives Bild zumindest unvollständig.

Denn auch bei der Christdemokratie gibt es einen ideellen Markenkern. In den 50er Jahren musste Freiheit nach der Zeit des Naziterrors freigelegt werden. Nicht nur bildlich, sondern buchstäblich. Aber sie musste nicht neu erfunden werden. Gegen die totalitäre Gewalt und Propaganda hatten im Ergebnis, wenn man ehrlich ist, eigentlich alle gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland versagt. Und doch hatten sich in Familien und Kirchen, in regionalen Verbundenheiten ebenso wie in humanistischer Bildung und sozialdemokratischer Genossenschaftlichkeit Kräfte behauptet, die auch wenn sie zur Anpassung hier und da genötigt worden sind, widerständig waren.

Nach 1945 bestand der Boden der Freiheit in der Entschlossenheit der Menschen, ihr Schicksal wieder selbst in die Hand zu nehmen, sich auf den Mittelpunkt der Familie und auf soziale Nahräume zu verlassen. Das

ist die genuine Zivilgesellschaft der jungen Bundesrepublik gewesen. Man schaute nicht auf den Staat allein, auch nicht mehr so maßgeblich, wie man das bis in die Weimarer Zeit hinein getan hatte. Wer diese Aufbruchstimmung einer bürgerlichen Zivilgesellschaft beschreibt, einer Gesellschaft der Mitte, die der Soziologe Welsky schon Anfang der 50er Jahre als nivellierte Mittelstandsgesellschaft nicht kritisierend, sondern positiv beschrieben hat, der preist kein Biedermeier, aber er weist darauf hin, dass die Gesellschaft der 50er Jahre auch, aber nicht nur, ein Klima der posttotalitären Bigotterie einer schuldbeladenen Generation gepflegt hat. Aber eine Reduzierung auf diesen Aspekt wäre viel zu wenig und würde das, was positiv gewachsen ist, ignorieren.

Jede Gesellschaft und jede Verfassungsordnung braucht eine positive Geschichte. Und die Bundesrepublik Deutschland hat eine solche positive Geschichte. Diese ist eng verflochten mit dem, was direkt nach dem Krieg als Kölner Leitsätze vorgestellt worden und im Parlamentarischen Rat in das Grundgesetz eingeflossen ist. Sie ist eingeflossen in die Verfassung, aber auch in eine Programmatik, die in der Tat, Armin Laschet hat es gesagt, von der Würde des Menschen ausgeht, der dazu berufen ist, sein Schicksal in Freiheit selbst zu gestalten. So kann man und muss man das Grundgesetz lesen. Artikel 1, Absatz 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Artikel 2, Absatz 1: Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Das ist programmatisch gemeint. Aber dann setzt die Frage nach der Freiheit ein. Denn es kann ja nicht sein, dass die freie Entfaltung der Persönlichkeit regellos in einem anarchischen Raum stattfindet. Sondern der Staat hat als sozialer Rechtsstaat von dieser Priorität der Würde und Freiheit ausgehend, nach einer Ordnung zu streben und zu suchen, die den Menschen diese freie Entfaltung ermöglicht und verbessert, aber nicht an die Stelle dieses Programms der freien Entfaltung der Persönlichkeit tritt.

Das heißt, wir haben hier einen Verfassungsauftrag zur Ausgestaltung einer sozialen, rechtsstaatlichen Republik. Und so hat nicht nur das Bundesverfassungsgericht, sondern so haben auch die Volksparteien die Verfassung und ihren politischen Auftrag verstanden und von Be-

ginn an in der Bundesrepublik durchgesetzt.

Nicht der Konservatismus hat die 50er Jahre beherrscht. Es war ein subkulturelles Klima, konservativ zu sein. Das was man hatte, das, was man hinüber gerettet hatte in die Zeit des Friedens und der Freiheit, das war zu bewahren. Das mag sein. Aber das politische Programm, Armin Laschet hat es gerade gesagt, das war ein revolutionäres Programm, eine Zäsur. Es war für die politische Kultur in Deutschland eine Zäsur, dass man nicht parteipolitisch wieder auf die Submilieus etwa des Katholizismus im Zentrum, des Protestantismus, des Liberalismus und des Nationalliberalismus zurückgefallen wäre, nein, man hat nach demokratischen Neuanfängen gesucht. Und es stand also nicht die Erbsünde am Anfang der Bundesrepublik, das man die totalitären Verstrickungen geaugnet hätte, sondern es stand die Soziale Marktwirtschaft am Anfang.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass man die Marktwirtschaft als Ordnung begreift, in der der Einzelne sich unternehmerisch, wirtschaftlich, auch als Arbeitnehmer, von Gleich zu Gleich entfalten kann, jeder nach seinen Fähigkeiten, nach seinen Chancen, in Bindung mit dem anderen. Und daraus entspringen dann Gedanken wie die Sozialpartnerschaft. Daraus entspringt eine Freundlichkeit christlich-demokratischer Politik gegenüber den Gewerkschaften, weil sich in den Gewerkschaften Arbeitnehmer binden und verbinden, um kollektiv ihre Interessen im Wirtschaftsprozess wahrzunehmen. Und genau so legitim ist auch die Verbindung von Arbeitgebern, die dann in unserer tarifvertraglichen Landschaft zueinander finden. Und hier haben Sie ein Beispiel dafür, wie man aus einer solchen Erkenntnis, dass Freiheit zwar von der Unverletzlichkeit der Person ausgeht, aber auf Bindung zielt. Und wenn sich Menschen zu einer konstruktiven Gemeinschaftsbildung verbinden, dann wird die rechtsstaatliche Ordnung dieser Republik eine solche Bindung besonders achten. Und auch daraus kann man ein Beispiel machen. Wenn etwa die Frage diskutiert wird, wie sich die Wirtschafts- und Lebensbedingungen der Menschen entwickeln. Können Menschen im Niedriglohnsektor von ihren Löhnen noch leben? Und wenn wir sehen, dass dies in manchen Bereichen nicht mehr der Fall ist, dann ist das ein

Problem für einen sozialen Rechtsstaat und für die Soziale Marktwirtschaft. Aber wie löst man das Problem? Löst man es mit einem etatistischen Reflex, indem man sagt, dann muss der Staat eben die Lohnhöhe auf ein Niveau heben, dass die Menschen dann davon leben können? Dann wäre das Ziel sicherlich erreicht, aber wäre das das freiheitsgerechte, in einer freiheitlichen Gesellschaft nahe liegende Mittel? Nein, das nahe liegende Mittel wäre im System der Sozialen Marktwirtschaft, im normativen System der Sozialen Marktwirtschaft, es den Tarifvertragsparteien aufzugeben, für solche Mindestlöhne zu streiten und vom Staat her nur fördernd und fordernd, da wo die Tarifvertragsparteien nicht stark genug sind, einzuwirken. Das wäre bei einer sozialen Fragestellung eine programmatisch überlegte Antwort. Und wissen Sie, es wäre gut, wenn die Christlich Demokratische Union nicht so erscheinen würde, als ob sie nur reagiert und Bedenken trägt, wenn andere solche Vorschläge machen, sondern wenn sie aus ihrem Menschenbild, das nach meiner Auffassung ganz nah an dem ist, was man der Verfassung als Menschenbild entnehmen kann, der grundrechtlichen Werteordnung und dem Sozialstaatsauftrag heraus argumentiert.

Wenn die Union ihre Politik offensiver aus ihrem Menschenbild ableiten würde und dies immer wieder so kommunizieren würde, dann könnte sie, ganz gegen die Erwartung, dass eine konservative Partei nur reagieren müsste, auch auf Angriff schalten, dann könnte sie in die Offensive gehen.

Die Soziale Marktwirtschaft fragt von der Idee her, welche Institutionen und welche Rechtsausgestaltung notwendig sind, damit sich die Menschen auf Augenhöhe freiheitlich miteinander auseinandersetzen, aber vor allen Dingen auch konstruktiv miteinander arbeiten können. Aber eine freie Entfaltung der Persönlichkeit meint auch noch mehr. Wir wissen alle, dass die Westbindung, der Abbau des Protektionismus, das Zusammenwachsen Europas, eine Welt, in der nicht aufeinander geschossen, sondern miteinander verhandelt wird, dass diese globalisierte Welt nur gewonnen werden kann und dass man in ihr nur bestehen kann, wenn man sich öffnet und zugleich die Bedingungen für die ei-

gene Selbstbehauptung verstärkt. Das bedeutet für Menschen, für junge Menschen, sie müssen sich auf die Mobilitätsbedürfnisse der neuen Welt einstellen.

Und deshalb reden wir ständig und zu Recht über Bildung. Wobei wir meist nicht über Bildungsinhalte reden, sondern über Strukturreformen. Dann wird diskutiert, ob Schule zweizügig, dreizügig oder einzügig sein sollte. Das aber hat, meine Damen und Herren, mit Bildung nichts zu tun. Das ist Sozialtechnik, und meist keine gute. Sozialtechnik hat auch eine große Berechtigung, dann kommt es aber darauf an, dass sie eine Sozialtechnik ist, die etwas, was normativ programmatisch ausschlaggebend ist, wo der Mensch im Mittelpunkt steht, umsetzt. Dann ist Sozialtechnik gut. Dann ist jede Technik gut. Aber Sozialtechnik, die sich selbständig macht, die anfängt, es zu ideologisieren, dass möglichst alle in einer Schule sind, die ist schlechte Sozialtechnik, weil man sie fragen muss, wo in der Verfassung steht, dass eine Schule einheitlich sein muss. Und ich habe vor kurzem auf einem Sozialkongress über Inklusion gesprochen und dabei erklärt, Inklusion ist etwas, was die grundgesetzliche Ordnung will. Weil nicht nur alle Menschen gleich sind, sondern alle Menschen das gleiche Recht haben, in dieser Gesellschaft nach ihren angeborenen und erworbenen Fähigkeiten behandelt zu werden. Das ist das eine. Aber das andere ist, dass man Inklusion nicht vom Einzelnen ablösen und zu einem ideologischen Programm machen darf, wo man mit dem Hebel des Rechtsanspruchs jeden in jede Institution und Einrichtung hineinklagen kann. Das kann nicht gemeint sein.

Das wäre, meine Damen und Herren, sogar ein Missbrauch des Inklusionsgedankens. Denn alles, was sie an richtigen Gedanken ideologisieren, wird dadurch zum falschen Gedanken. Denn der Mittelpunkt ist der Mensch. Das hat das Bundesverfassungsgericht seit den 50er Jahren in seine Entscheidungen hineingeschrieben. Aber wie hält man das durch? Indem man immer wieder fragt, was wollen denn die Menschen und wie viel Pluralität braucht denn eine Gesellschaft, damit sie als freiheitliche Gesellschaft nicht nur Raum für ein bestimmtes Modell der Entfaltung, sondern für viele Modelle der Entfaltung lässt.

Wenn man mit diesem Maßstab manche politischen und gesellschaftlichen Debatten in diesem Land anschaut, dann kommt kein Vergnügen auf. Wissen Sie, ich verfolge seit drei Jahrzehnten die Diskussion, dass gerade der Union in ihrer konservativen Prägung vorgeworfen worden ist, dass sie nicht anerkennen wollte, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Dass es die Union war, die auf eine Staatsbürgerschaft bestanden hat, weil sie institutionell vom Rechts- und Verfassungsstaat her gedacht hat. Und in der Tat, ich meine, dass die doppelte Staatsbürgerschaft vorsichtig vergeben werden sollte. Vom Einzelnen her gedacht. Auch hier nicht als Programm, um mal zu zeigen, dass wir ganz weltoffen sind, denn jede doppelte Staatsbürgerschaft schafft natürlich auch ein Loyalitätsproblem. Und auch ein rechtliches Anpassungsproblem, das man nicht einfach an Juristen wegdelegieren kann. Aber es kommt eben, und da sind wir uns glaube ich völlig einig, es kommt eben auf den Einzelfall an.

Wenn wir diejenigen, die hier integriert sind, mit dem Angebot der Staatsbürgerschaft näher an unsere Republik, an unsere Werteordnung führen können, sollten wir mehr tun, als das vielleicht bislang der Fall ist. Ich glaube, dass dabei kein sonderlicher Dissens in der Sache besteht. Aber diejenigen, die gesagt haben, erkennt endlich an, dass Deutschland Einwanderungsland ist, die sagen, wir stehen für das multikulturelle Deutschland, diejenigen betrachte ich inzwischen mit einem etwas verunsicherten Blick.

Denn was ist eigentlich aus denjenigen geworden, die eine multikulturelle Gesellschaft wollten? Ich glaube fast, wenn ich Armin Laschet zuhöre, dass die CDU heute die multikulturelle Partei geworden ist. Weil sie verlangt, dass in einer Gesellschaft, die aus Christen, aus Muslimen, aus Agnostikern besteht, jeder Respekt vor dem anderen Glauben, vor der anderen Weltanschauung zeigen soll. Genau wie es Artikel 4 des Grundgesetzes, der das Grundrecht der Glaubensfreiheit und Weltanschauungsfreiheit nebeneinander stellt, verlangt.

Das ist aber nicht mehr selbstverständlich. Weil es in unserer Gesellschaft starke politische und kulturelle Kräfte gibt, die das Konzept der wohlwollenden Neutralität gegenüber den großen Religionsgemeinschaften und auch den kleinen gegenüber aufweichen oder sogar aufgeben wollen. Sie meinen, dass ein Laizismus und sogar eine kämpferische Religionsfeindlichkeit die Signatur dieser Republik wären. Das ist so nicht richtig.

Das Konzept der Neutralität des Grundgesetzes bedeutet, dass der Staat nicht in Religionsfragen hineinregiert. Und dass Adenauer manchmal auch das Umgekehrte nicht wollte, das muss man verstehen, das ist glaube ich der Verfassungslage durchaus entsprechend. Die Kirchen sind Teil der Zivilgesellschaft und sie kritisieren die Politik, und das ist ihr gutes Recht. Und es war Jürgen Habermas, der gesagt hat, man solle ihnen dabei besonders zuhören, weil sie aus ihrer Glaubensüberzeugung, aus ihrem besonderen kulturellen Kontext, der manchmal nicht so stromlinienförmig dem Zeitgeist verhaftet ist, wie das bei Politikern und Universitätsprofessoren der Fall ist, heraus argumentieren. Und ich glaube, da hat er etwas sehr richtiges im Jahr 2001 gesagt.

Aber wir müssen diese Religionsgemeinschaften so achten, dass wir nicht Partei ergreifen. Bei einer Veranstaltung, in der ich über die Präambel des Grundgesetzes und ihren Gottesbezug referiert habe, hat mich jemand aus dem Publikum gefragt: „Mit der Verantwortung vor Gott und dem Menschen beginnt die Präambel des Grundgesetzes. Sagen Sie mal, der Gott, von dem da die Präambel redet, was ist das eigentlich für ein Gott? Das ist doch wohl der christliche, also der jüdisch-christliche Gott, Altes und Neues Testament. Aber doch nicht der muslimische Gott.“ Dann habe ich gesagt: „Also wissen Sie, ich glaube nicht, dass die Präambel sich Gedanken darüber gemacht hat, welcher Gott das jetzt wohl sein könnte. Ich muss Ihnen leider die etwas enttäuschende Antwort geben, es ist nicht der christliche Gott, der da gemeint ist. Obwohl fast alle natürlich im parlamentarischen Rat an diesen christlichen Gott gedacht haben. Aber dass sie an den jüdischen Gott nicht gedacht hätten, das wird ihnen niemand unterstellen dürfen. An den

hatten sie auf jeden Fall mitgedacht. Deshalb sprechen wir auch von der jüdisch-christlichen Kultur.“

Kann aber religiöse Neutralität nicht auch bedeuten, dass der Gott der Präambel vielleicht noch nicht einmal ein Gott der Religionen ist, sondern dass die Verfassung nur sagen will: Seid vorsichtig, diese Republik gründet sich auf den Willen der einzelnen Menschen. Übrigens nicht das „Wir“ entscheidet, sondern der einzelne Mensch entscheidet auch in der sozialen Demokratie im politischen Zusammenwirken mit anderen. Und immer entscheidet das Ich, nicht im Sinne der kalten Rücksichtslosigkeit, sondern der freien Entscheidung zur Bindung. Das ist das Gegenteil von Kollektivismus. Das meint die Soziale Marktwirtschaft und das meint auch der soziale Rechtsstaat des Grundgesetzes. Das heißt, wenn hier nur der Respekt in der Präambel vor etwas anderem als der reinen menschlichen Vernunft eingefordert wird, dann ist der Gottesbezug kein theologisch gemeinter, kein auf einen Gott fixierter. Das bedeutet aber, dass wir muslimische Mitbürger in diesem Land einladen, auf den Boden dieser wohlwollenden Neutralität zu kommen. Und deshalb wird die Ausbildung muslimischer Religionslehrer gefördert. Deshalb wünschen wir uns, dass nach Artikel 7 islamischer Religionsunterricht nicht im Hinterhof, sondern in staatlich beaufsichtigten Schulen gewährt wird.

Wohlwollende Neutralität, das ist etwas ganz anderes als Laizismus. Der Laizismus ist eine Selbstbeschränkung des Staates, der es ihm nicht ermöglicht, mit der ausgestreckten Hand auf Religionsgemeinschaften zuzugehen. Auch auf Religionsgemeinschaften, die unserem Kulturkreis neu erscheinen. Aber dahinter stehen Menschen, und um diese Menschen, meine Damen und Herren, müssen wir kämpfen. Es geht nicht an, dass diejenigen, die aus der Türkei stammen, vom türkischen Ministerpräsidenten vereinnahmt werden als seine Bürger und so behandelt werden. Aber die Möglichkeiten der Diplomatie sind begrenzt. Wir können es nicht abstellen. Was wir tun können und müssen ist, den Menschen, die hier sind, eine Offerte zu machen, sie einzuladen, aber auch eines dabei klarzustellen: Jedem, der in unser Land kommt, das gilt nicht

etwa nur für Einwanderer aus der Türkei, das gilt auch für Ortsansässige, jedem, der in dieses Land kommt, der Rechte verlangt, muss sich in die Rechtsordnung des Grundgesetzes einordnen. Das ist ziemlich einfach, weil sie sehr weich ist. Diese Rechtsordnung ist breit angelegt. Sie gibt Meinungsfreiheit. Sie verlangt die Achtung des Andersdenkenden. Sie verlangt Toleranz. Aber sie verlangt auch etwas, was die Voraussetzung, die kulturelle Voraussetzung jeder Freiheit ist, nämlich die eigene Identität zu entfalten. Und da sehen Sie, dass auch der liberale Markenkern eine Botschaft ist, die gehört werden muss. Wer solidarisch sein will, der muss seine eigene Identität zunächst einmal entfalten.

Wissen Sie, im Flugzeug wird immer gesagt, wenn man da einsteigt, im Falle eines Druckverlustes fallen Sauerstoffmasken von oben runter. Und dann wird etwas ganz Seltsames gesagt. Man soll Kindern und Hilfsbedürftigen nicht zuerst die Maske auf tun, sondern sich selbst. Warum? Die Antwort ist ganz klar. Nur beim ersten Hören war ich verwirrt, Frauen und Kinder zuerst, hat man früher immer gelernt und jetzt wird das Gegenteil gesagt. Ja, damit man hilfefähig bleibt. Denn wenn ich keinen Sauerstoff mehr habe, kann ich dem anderen, dem Hilfebedürftigen nicht mehr helfen. Das heißt, eine freiheitliche Gesellschaft und Soziale Marktwirtschaft bedeuten, dass der Einzelne auch die Pflicht hat, sich zu entfalten und nicht zu warten, bis er abgeholt wird. Und nicht, wie sozialpädagogisch immer gerechtfertigt und behauptet wird, dass es Menschen gibt, die vom Bildungssystem nicht abgeholt worden sind, und dass da das Bildungssystem einen großen Fehler gemacht hat. Das kann man verstehen, aber das ist vom Leitbild her gedacht nicht richtig. Zuerst einmal haben die Menschen selbst die Verantwortung.

Also unsere Zustimmung ist die, dass jeder auch die Pflicht hat, etwas aus sich zu machen. Einer meiner Söhne ist hier, da muss ich vorsichtig sein. Ich versuche das in der Kindererziehung auch rüberzubringen, das fällt mir manchmal schwer, weil unsere Gesellschaft anders gepolt ist. Sie ist ein bisschen hedonistischer geworden und wir haben ein bisschen Elemente auch der Freizeitgesellschaft und auch eines sozialtechnischen Verständnisses verinnerlicht. Wenn irgendetwas hapert, wenn

jemand sitzen bleibt, dann kann man das Sitzenbleiben abschaffen und hat so das Problem gelöst, oder, solange man noch daran festhält, sagt man, die Schule war schuld. Das ist klar. Ich kann mich übrigens noch an diesen schönen Gedanken erinnern, dass der Lehrer schuld ist, wenn man eine Fünf geschrieben hat, denn der kommt jedem Schüler in den Kopf, mir übrigens auch, woran Sie erkennen können, dass ich auch Fünfen geschrieben habe. Als Entschuldigung wäre das nahe liegend gewesen, dass der Mathelehrer, der war wirklich eine Katastrophe, schuld war. Trotzdem habe ich im Geist der damaligen Zeit, und das war die Zeit des sozialen Aufstiegs im Ruhrgebiet, zu mir gesagt, das ist nur deine Schuld. Das ist nicht immer so richtig, das ist ganz klar. Das ist eine Arbeitshypothese. Aber wenn man daran glaubt, dann kommt eine Gesellschaft unglaublich weit nach vorne. Aber sie darf dabei nicht stehen bleiben. Und das ist eben auch der Auftrag einer Volkspartei. Die Volkspartei muss auch fragen, wie können wir die erreichen, wo das nicht so richtig funktioniert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, das ist eine kulturelle Kernvoraussetzung jeder freiheitlichen Gesellschaft. Wenn die Menschen nicht mehr daran glauben, über Bildung aufzusteigen, dann haben wir gerade in einer weltoffenen Gesellschaft ein erhebliches Problem. Wir sind doch in Deutschland deshalb wirtschaftlich so stark, weil wir einen funktionsfähigen Mittelstand haben. Weil wir eigenwillige Menschen haben. Ob die im Münsterland oder im Rheinland, ob die in Baden-Württemberg oder in Bayern oder in Hessen sitzen. Eigensinnige Menschen, die eigenverantwortlich wirtschaften wollen und dabei vom Staat zwar begleitet aber nicht ununterbrochen bevormundet und gestört werden wollen.

Diese wirtschaftsliberale Einstellung der Menschen ist aber keine kalte Einstellung, sondern diejenigen, die mittelständisch arbeiten, sind vernetzt. Das sind diejenigen, die in Vereinen sitzen. Das sind auch diejenigen, die übrigens in politische Parteien gehen. Sie sind diejenigen, die sich binden, die sich sozial binden, so wie wir es uns wünschen. Und die auch eine Pflicht beispielsweise darin sehen, Lehrlinge auszubilden,

auch wenn sie die in der Zahl für ihr Unternehmen nicht unmittelbar und vielleicht langfristig gar nicht nutzen können. Sie übernehmen Verantwortung. Das sind mittelständische Strukturen. Und die Mittelständler sind in Deutschland viel stärker, als es manchmal dargestellt wird, als man manchmal vielleicht denkt, weil man davon in den Zeitungen nicht liest. Weil man immer nur Schwierigkeiten bei DAX-Unternehmen sieht, weil man das Bankensystem vor Augen hat, wo man Boni und Vorstandsbezüge thematisiert, aber nicht den Unternehmer sieht, der als mittelständischer oder auch als kleiner Unternehmer vor Ort arbeitet, um seine Rendite kämpft, die manchmal, gerade bei kleineren, nicht allzu hoch ausfällt, sondern unter dem liegt, was tarifvertraglich ein Arbeitnehmer nach Hause bringt. Aber auch das ist ein Teil des Mittelstandes. Genau so wie die Facharbeiter, die in einem dualen Ausbildungssystem ausgebildet werden.

Wissen Sie, es ist noch nicht lange her, da musste ich diskutieren, weil mir Zahlen vorgelegt worden sind, die immer wieder von internationalen Organisationen präsentiert werden, dass Deutschland unterakademisiert sei. Es ist gar nicht mein Eindruck als Universitätsprofessor, dass wir unterakademisiert sind. Ich finde auch nicht, dass wir eine Flut von Akademikern ausbilden. Ich finde, wir sind eigentlich in einer ganz guten Balance in unserer Republik. Aber es ist erst fünf oder sechs Jahre her, da wurde mir Spanien als Vorbild anempfohlen, weil die OECD nämlich gesagt hatte, in Spanien sei der Akademikergrad viel größer als in Deutschland. Und dann habe ich irgendetwas vom dualen Berufsbildungssystem gemurmelt und dass bei uns nicht jeder einen akademischen Abschluss haben muss, der Autoelektronik herstellt. Das versteht die OECD nicht, weil sie mit Statistiken weit oberhalb jeder Lebenswirklichkeit operiert. Das muss man vielleicht einen Augenblick im Auge behalten. Wir sollten uns nicht düpiieren lassen. Wir sind weltoffen ausgerichtet. Aber das heißt doch nicht, dass wir jede OECD-Statistik unwidersprochen glauben. Dass wir jede Idee, die von Fachbruderschaften in Expertenkommissionen, Stichwort Bologna-Prozess, ausgetüftelt worden ist, dass wir die einfach blind und abnickend übernehmen, weil sie so „modern“, weil sie „weltoffen“ ist.

Weltoffen kann man nur sein, wenn man seine eigenen Stärken erkennt und pflegt und in das Konzept der Weltoffenheit einbringt. Das ist übrigens auch eine programmatische Erkenntnis: Wer in der Welt wirken will, der muss Stärke haben. Eine Gesellschaft, die an sich selbst zweifelt, die demografisch, sagen wir mal eher statistisch gesehen, im Abstieg begriffen ist, die wird in dieser Welt nicht so wirken können, wie eine Bundesrepublik mit Selbstvertrauen. Deshalb brauchen wir kulturell im Grunde genommen nach der 68er-Zeit einen neuen Mentalitätswandel. Ich will nicht sagen, wie das manche Konservative in der ersten Reaktion auf die 68er-Zeit formuliert haben, dass das alles falsch war. Die Bundesrepublik brauchte einen Aufbruch von Verkrustungen. Sie brauchte einen Aufbruch von Konventionen, die der Modernisierung des Landes und der freien Entfaltung der Persönlichkeiten im Weg standen. Deshalb war ich eigentlich als junger Mensch begeistert von diesem 68er-Geist. Es war der richtige Rhythmus, nicht nur musikalisch. Der richtige Rhythmus, um sich zu entfalten, wenn man die richtigen zivilbürgerlichen Werte mit sich brachte: den Aufstiegswillen, den Sinn für Bildung, den Sinn aber auch für Bindung. Bindung und Bildung, das ist ein wichtiges, ein zentrales Begriffspaar für eine Kultur der Freiheit.

Und deshalb prämiert unsere Gesellschaft mit solchen Artikeln wie Artikel 6 des Grundgesetzes spezifische Bindungen ganz besonders. Denn warum formuliert Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes, das Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen, wenn nicht die Überzeugung dahinter stünde, dass in diesen Räumen, die nicht verstaatlicht sind, die freie Gesellschaft verwirklicht ist und dass da zentrale Leistungen für die Zukunft gewonnen werden? Nämlich die Leistung, dass Kinder geboren werden, dass für sie gesorgt wird und dass sie erzogen werden. So wie das Artikel 6, Absatz 2 des Grundgesetzes sagt. Dass die Erziehung und Pflege der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht ist. Damit ist nicht gesagt, dass man sein Kind nicht in eine Krippe geben darf. Das ist kein Plädoyer gegen einen U3-Kindergarten. Selbstverständlich nicht. Im Gegenteil. Eine freiheitliche Gesellschaft muss viele Lebensentwürfe und viele auch ökonomische Zwänge mit einer Infrastruktur der Freiheit

abfedern. Als ich vor zwei Tagen in Bayern war und mit Herrn Seehofer diskutiert habe, wurde dort stolz berichtet, dass Bayern inzwischen eine Betreuungsquote für Kinderkrippen von 50 Prozent hat. In München reicht das nicht, aber auf dem Land ist bereits ein Überangebot entstanden. Das kostet alles viel Geld, aber hier entsteht etwas auf dem Boden einer doch als sehr konservativ apostrophierten Partei. Hier entsteht etwas, weil die CSU eingesehen hat, dass den Menschen dadurch mehr Freiheit und mehr Bindungsfähigkeit gewährt werden. Denn es gibt ja diejenigen jungen Menschen, die sagen, es ist kein Betreuungsangebot an der Universität vorhanden, also schiebe ich den Kinderwunsch bis zu meiner Habilitation am besten auf. Das ist etwas, das führt regelrecht in biografische Fallen hinein. Deshalb muss hier ein Infrastrukturangebot, das Entscheidungs- und Wahlfreiheiten ermöglicht, vorhanden sein. Da muss etwas getan werden und ich weiß, dass das Geld kostet. Aber es gibt ja Leute, die reden sogar schon von demografischer Dividende und meinen damit, sie können für anderes mehr Geld ausgeben, weil keine Kinder mehr da sind, die man in Schulen erziehen und bilden muss. Auf diese Art von Dividende pfeife ich. Dieses Geld aber, wenn es denn freigesetzt würde, müsste man genau in diesem Bereich wieder reinvestieren, damit die Gesellschaft eine Zukunft hat.

Meine Damen und Herren, ich hätte noch einiges zu sagen, aber ich verschone Sie damit. Ich hätte noch einiges zu der Frage der europäischen Integration zu sagen, ebenfalls eine gelungene Geschichte, die von konservativer Politik angelegt worden ist, von scheinbar konservativer, von christdemokratischer Politik. Nämlich die Idee, wie ein Europa entsteht, das die Eigenverantwortung diesmal nicht allein der Menschen, sondern auch der Staaten zum Ausgangspunkt macht und daraus eine Kooperationsordnung, eine Koordinationsordnung wachsen lässt. Und dieses Europa wird ein starkes Europa sein, aber ich fürchte, da sind auch andere Ideen unterwegs. Da sind auch Ideen unterwegs, die mehr dem kollektivistischen Weltbild und Menschenbild entsprechen. Und seitdem das der Fall ist, seit der europäischen Finanzkrise, habe ich zum ersten Mal Sorgen, dass dieses europäische Projekt vielleicht nicht gelingen könnte. Vorher hatte ich immer Sorgen, dass es vielleicht bürokratisch

auf Nebenwege gelangen könnte.

Aber wir haben andere Probleme, doch das will ich nicht vertiefen, dafür bräuchte man einen eigenen Parteitag. Ich möchte nur eines abschließend sagen: Wissen Sie, Ihr politischer Gegner hat Sie, also die Christdemokraten und das bürgerliche Lager überhaupt, häufig unter Druck gesetzt, indem gesagt worden ist, ihr seid eben reaktiv, ihr seid konservativ, ihr seid Schlafmützen, ihr verpennt den gesellschaftlichen Fortschritt. Wenn ihr über Reformen redet, wie auf so einem Reformkongress, dann kommt dabei nichts heraus, dann kommt dabei nur heraus, dass Herr Laschet sich vergewissert, wo kommt ihr eigentlich her. Das wäre ein Vorwurf derjenigen, die sich selbst als progressiv verstehen, die immer nach neuen Ideen suchen, egal, welche Dignität diese Ideen haben. Hauptsache neu. Hauptsache, man kann den politischen Gegner reizen. Ich will das jetzt nicht vertiefen, weil mein Zeitbudget abgelaufen ist, aber wissen Sie, das ist altes Denken, wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben. Das ist altes Denken.

Das 21. Jahrhundert braucht ein neues Denken. Es kann nicht sein, dass wir nur in Linearitäten denken. Wirtschaftswachstum ist zentral wichtig für unsere moderne Gesellschaft, aber es ist, Herr Laschet hat es gesagt, kein Wert an sich. Aber andere Linearitäten auch nicht. Man kann die Menschen nicht ununterbrochen befreien. Man kann nicht ununterbrochen alle Autoritäten bekämpfen und alle Institutionen in Frage stellen, ohne eine freiheitliche Gesellschaft in die Erosion und letztlich in die Anarchie zu führen. Das heißt, wir müssen von einer quantifizierenden Betrachtung und einer progressiven Linearitätsbetrachtung ein Stück weit weg kommen und jedem Politiker, der Fortschritt verlangt, die entscheidende Frage stellen: Was bedeutet es sachlich? Wir können nicht einfach Europa immer weiter bauen, indem wir sagen, wir brauchen in jedem Fall immer mehr Europa. Das ist eine typische Linearitätsvorstellung. Wir müssen endlich die Frage stellen, wie bauen wir Europa so, dass es Stand hält und ein verlässlicher Raum der Freiheit ist. Eine politische Gemeinschaft, in der die Freiheit dauerhaft gesichert ist. So muss man Europa bauen, das heißt, wir müssen auch unsere großen Pro-

jekte hinterfragen. Was ist eigentlich unsere normative Leitidee? Wir müssen nicht die Frage entscheiden, ob Europa ein Bundesstaat wird oder ein Verbund von Staaten bleibt, das müssen wir überhaupt nicht entscheiden. Sondern wir müssen fragen: Welche Entwicklungsrichtung nimmt denn ein Europa, das anfängt, Wirtschaftsregierung zu werden, das vielleicht bereits Tendenzen hin zu einer Transferunion entwickelt? Welche Richtung nimmt dieses Europa und kann es so funktionieren und kann es so in einer freiheitsgerechten Weise funktionieren? Das sind drängende Fragen, und Europa ist nur ein Beispiel. Innenpolitisch gibt es weitere Fragen. Ich will nicht jedes Fass hier aufmachen, aber ich möchte an den Schluss eines stellen: Die von Konventionen befreite Gesellschaft, und das sind wir in der Bundesrepublik weiß Gott, muss ein neues Gleichgewicht und eine neue Orientierung in einer Kultur der Freiheit und des richtigen Maßes finden. Und da stehen wir genau wie im 21. Jahrhundert erst am Anfang. Wenn wir die Wurzeln, wie das Armin Laschet getan hat, lebendig machen, dann können wir von dort aus auch Entwürfe für eine Gesellschaft der Zukunft entwickeln.

Vielen Dank.

Diskussionsbeiträge

Prof. Dr. Norbert Lammert

Man kann die Frage, wo man hin will, nicht beantworten, ohne zu wissen, wo man herkommt.

Armin Laschet

Wir müssen über das Verhältnis von Kirche und Staat nachdenken. Ist die wohlwollende Neutralität noch zeitgemäß?

Udo Di Fabio

Die Frage ist, ob man die wohlwollende Neutralität noch erklären kann. Glaubensgemeinschaften haben wichtige zivilgesellschaftliche Funktionen. Die Kirchen übernehmen an vielen Stellen große Verantwortung und zeigen Engagement.

Prof. Dr. Norbert Lammert

Die inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen in der Kommunalpolitik sind durch berufstätige Ehrenamtliche kaum zu bewältigen. Das muss sich ändern.

Prof. Ursula Lehr

Der demografische Wandel wird Deutschland vor große Herausforderungen stellen. Wir müssen die Weichen schon heute richtig stellen. Zudem sollten wir die Senioren aktiver in die Politik einbinden.

Carla Neißer-Hommelsheim

Die Bereitschaft zu politischem Engagement und der Übernahme von Mandaten sinkt. Wie können wir dieser Entwicklung begegnen?

Die CDU als Volkspartei

Anmerkungen zu Zweck und Ziel des Grundsatzprogrammprozesses der CDU Nordrhein-Westfalen

Von Dr. Guido Hitzte

Die CDU stellt nicht nur immer noch ein einmaliges Phänomen in der deutschen Parteiengeschichte dar. Sie ist auch bei der jüngsten Bundestagswahl von den Wählern erneut zur mit Abstand stärksten politischen Kraft in Deutschland bestimmt worden. Angesichts all der Vorwürfe, die CDU befände sich in einem unaufhaltsamen Niedergang, sei beliebig geworden, inhaltlich weitgehend „entkernt“, personell blutleer und ohne überzeugende politische „Erzählung“, ist dies schon eine bemerkenswerte Feststellung. Sie kann allerdings nur denjenigen wirklich überraschen, der die Union und ihre Geschichte nicht oder nur oberflächlich kennt.

Dabei steht selbstverständlich auch bei der CDU längst nicht alles zum Besten. Viele Probleme, die die Bundespartei hat, verdichten sich exemplarisch bei uns in Nordrhein-Westfalen. In diesem Zusammenhang genügt ein Blick auf die historische Wahniederlage vom 13. Mai 2012. Die nordrhein-westfälische CDU hat nach gründlichen Analysen der Ursachen für diese Niederlage die fälligen Konsequenzen gezogen und mit der programmatischen Erneuerung der Landespartei begonnen. Sie weiß dabei sehr genau, dass das, was zwischen Rhein und Weser richtig ist, nicht unbedingt auch in Vorpommern oder am Fuße des Schwarzwaldes richtig sein muss. Aber vieles, was die CDU an Herausforderungen in einem großen, von Metropolen wie ländlich geprägten Gegenden gleichermaßen geprägten Flächenland zu bewältigen hat, lässt sich so oder so ähnlich auch in anderen Regionen Deutschlands finden. Hinzu kommt, dass die CDU Deutschlands nicht nur programmatisch ihre Wurzeln an Rhein und Ruhr findet, sondern von dort auch immer wieder Impulse zu ihrer Neuausrichtung und Weiterentwicklung ausgegangen sind.



Dr. Guido Hitzte

1967 in Düsseldorf geboren. Studium der Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft in Wuppertal und Eichstätt. Seit 1986 Mitglied der CDU. Von 1998 bis 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, u.a. Veröffentlichung über die Geschichte der CDU in Nordrhein-Westfalen. Von 2007 bis 2013 Referatsleiter in der Landesregierung NRW (Staatskanzlei, Landeszentrale für Politische Bildung). Seit Februar 2013 Abteilungsleiter Politik beim CDU Landesverband NRW.

Und diese Programmgeschichte ist mindestens ebenso wichtig und erfolgreich wie diejenige der CDU als Regierungspartei, von manchen despektierlich auch als „Kanzlerwahlverein“ oder erst jüngst von Volker Resing als „Kanzlermaschine“ bezeichnet. Eine Maschine jedoch ist rein materiell, funktional. Sie arbeitet nach einem bestimmten Bauplan, aber automatisch. Bis ihr irgendwann der Treibstoff ausgeht oder eines ihrer vielen Einzelteile defekt ist. Eine „Kanzlermaschine“ produziert Bundeskanzler oder auf der Länderebene Ministerpräsidenten, egal ob männlich oder weiblich. Das ist ihr einziger Daseinszweck.

Eine Partei ist aber keine Maschine. Schon gar keine Partei, die das christliche Menschenbild zur Grundlage ihrer Politik erklärt hat. Eine Partei verkörpert mitnichten ein mechanisches Uhrwerk, das nur immer wieder neu aufgezogen werden muss, sondern einen lebendigen, komplexen Organismus, bestehend aus vielen menschlichen Individuen, die wiederum ungeheure Potentiale mit sich bringen, aber eben auch begrenzt und irrtumsanfällig sind. Diese ungeheure Vielfalt an Meinungen, Prägungen und Eigenschaften politisch so zu verdichten, dass daraus eine mehrheitsfähige, praktikable, austarierte Politik für das ganze Land werden kann, ist die hervorstechendste Eigenschaft einer Volkspartei und zugleich der Grund des Erfolges der Union. Denn eine dauerhaft erfolgreiche Volkspartei erringt ihre Wahlsiege nicht automatisch und auch nicht mit Hilfe eines ideologisch geschlossenen Weltbildes, weil solche Weltbilder naturgemäß immer einen exklusiven Charakter besitzen und daher in einer pluralen, freien Gesellschaft eine Mehrheit der Bevölkerung faktisch ausschließen. Deshalb war und ist die CDU tatsächlich immer eine „Union“ gewesen, die auf der Basis klarer Grundüberzeugungen eine pragmatische Politik vertreten hat, die sich zeitweise bis zur Hälfte der Wählerinnen und Wähler in diesem Land zu eigen machen konnten, egal, wo sie im Einzelnen weltanschaulich verortet waren. Der Göttinger Parteienforscher Franz Walter stellt daher zu Recht fest, es sei die „nüchterne, illusionslose Anthropologie der CDU“ gewesen, welche „der Partei in Konkurrenz mit den Sozialdemokraten viele Jahre den Vorteil“ gebracht habe.

Die CDU benötigte auch keinen Reformparteitag wie die SPD ihr Godesberg, um zu einer Volkspartei zu werden. Sie war es bereits von Beginn an, und später reichten ihr zur Bewahrung dieser Eigenschaft die errungenen politischen Erfolge genauso aus wie die wenigen, aber sehr konkreten programmatischen Grundsätze, auf welchen die Union eben jene erfolgreiche Politik aufbaute. Die im Christentum angelegten Prinzipien von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, ergänzt durch die Subsidiarität, mündeten in die entscheidenden Weichenstellungen der jungen Bundesrepublik: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, Europäische Integration. Die politische Prägestkraft der Union resultierte dabei immer aus der Befolgung und eben nicht Verdrängung ihrer Grundsätze, und keine andere Partei hat Deutschland im 20. Jahrhundert so sehr verändert wie die Unionsparteien. Sie waren die Avantgarde beim Auf- und Ausbau des modernen Sozialstaats, sie haben die verhängnisvolle Mittellage Deutschlands in Europa durch die Westbindung überwunden, sie haben nationalistisches durch europäisches Denken ersetzt.

Insofern kann es auch nicht wirklich überraschen, dass die CDU unter Angela Merkel sich und die deutsche Politik insgesamt immer weiter modernisiert hat. Dazu zählen ausdrücklich die Familienpolitik, die Integrationspolitik, die Bildungspolitik, aber auch die Energiewende oder die Abschaffung der Wehrpflicht. Vielleicht oder gar wahrscheinlich hätte man die eine oder andere Maßnahme besser und länger erklären müssen. Aber keiner dieser Punkte stand oder steht im Widerspruch zu den programmatischen Kernsätzen der CDU.

Wahrscheinlich liegt genau hierin bzw. in dem damit ursächlich verbundenen nachhaltigen politischen Erfolg der Union einer der Gründe für die immer wieder formulierte Anfrage an die Partei, welches denn nun ihre im jeweiligen konkreten gesellschaftlichen Kontext gültigen Grundaussagen und Grundüberzeugungen seien. Dabei scheint das massive öffentliche Interesse an der programmatischen Identität der Unionsparteien freilich nicht zuletzt einem bestimmten politischen Kalkül zu folgen. Das wird in der Kommentarlage der Medien ebenso deutlich wie in den Äußerungen der politischen Wettbewerber: Die Union soll in

ein politisches Dilemma hineinmanövriert werden, aus dem sie keinen Ausweg mehr findet. Der von der Kanzlerin nach Fukushima maßgeblich betriebene Atomausstieg, die Aussetzung der Wehrpflicht, die Infragestellung der Studiengebühren, das Abrücken vom starren Drei-Säulen-Schulmodell, die Propagierung eines flächendeckenden Mindestlohnes und schließlich die auch in der Union aufgebrochene Diskussion um eine völlige steuerliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe werden undifferenziert als Nachweise politischer Beliebigkeit und eines opportunistischen, auf den reinen Machterhalt ausgerichteten taktischen Verhaltens der Parteiführung gedeutet. Die Union eben als Prototyp des reinen „Kanzlerwahlvereins“. Melden sich indes Stimmen aus CDU und CSU, die sich für eine Erhaltung differenzierter Bildungsgänge, gegen das Abschaffen des „Sitzenbleibens“ und gegen eine allgemeine, automatische Doppelstaatsbürgerschaft oder für eine Privilegierung von Ehe und Familie in ihrem herkömmlichen Verständnis aussprechen, sind die Unionsparteien auf einmal Horchte ewiggestriger, aus der Zeit gefallener ideologischer Verwirrter, die gesellschaftlich immer zu spät kommen und nur noch radikale Minderheitenpositionen vertreten. Was dann der Union scheinbar noch bleibt, ist die Alternative zwischen einem konturlosen politischen Gemischtwarenladen und dem Profil hoffnungsloser Unmodernität.

Die Wahrheit ist wie immer komplizierter und komplexer. Energiewende und Aussetzung der Wehrpflicht bedeuteten zwar die Abkehr von tradierten CDU-Positionen, deren Revision erfolgte jedoch im Angesicht gravierend veränderter äußerer Rahmenbedingungen (Atomkatastrophe in Japan, Ende des Kalten Krieges und demografischer Wandel). Hätte die CDU, zumal als Regierungspartei, hierauf nicht reagiert, hätte sie zu Recht den Anspruch auf Regierungsfähigkeit verwirkt. Zudem gehören weder Atomkraft noch eine Wehrpflicht faktisch rein symbolischer Natur zu den elementaren Grundwerten der Union. Anders verhält es sich mit einer verbindlichen tariflichen Lohnuntergrenze: Dass man von seiner Hände Arbeit anständig leben können muss, ist nicht nur ein unverrückbares Postulat der katholischen Soziallehre, sondern auch praktischer Ausdruck echter Sozialer Marktwirtschaft. Insbeson-

dere in diesem Punkt gibt die Union nicht etwa alte Überzeugungen preis oder „sozialdemokratisiert“ sich gar, sondern besinnt sich auf ihre Wurzeln. Und was die Schulformen betrifft: Gerade weil die CDU die Konsequenzen aus sich teilweise dramatisch verändernden Schülerzahlen und den Lebensverhältnissen vor allem im ländlichen Raum gezogen hat, ist es ihr möglich, Einheitsschulbestrebungen entgegenzutreten und ein differenziertes Bildungswesen zu erhalten. Sie hat das in Nordrhein-Westfalen mit dem historischen Schulkompromiss von 2011 gerade erst bewiesen. Der alte unfruchtbare Konflikt um Schulformen wurde im Interesse von Schülern, Eltern und Lehrern beigelegt, die politische Auseinandersetzung um die Ziele, Methoden und Inhalte zeitgemäßer Bildung dagegen müssen in Zukunft entschlossen weitergeführt werden.

Wichtig für Gegenwart und Zukunft der CDU ist jedoch der Hinweis, dass wir heute die Selbstverständlichkeit verloren haben, mit der noch in den fünfziger, sechziger, ja selbst in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts im westlichen Teil Deutschland die Verbindung von Christentum und Parteipolitik gesellschaftlich breit akzeptiert worden ist. Heute ist vieles anders. Das „C“ im Parteinamen von CDU und CSU ist keine sich selbst erklärende Selbstverständlichkeit mehr. Es sieht sich vielmehr in Frage gestellt durch eine massive Zangenbewegung: Auf der einen Seite durch fortschreitende Säkularisierung, Entkonfessionalisierung, durch religiösen Indifferentismus, von manchen auch als „Analphabetismus“ bezeichnet, durch Werterelativismus, Entsolidarisierung und Marktradikalismus, durch Hedonismus und Materialismus. Auf der anderen Seite jedoch ebenso durch kirchliches Fehlverhalten, durch einen spürbaren Autoritätsverfall der Amtskirche und durch eine immer größer werdende Kluft zwischen manchen kirchlichen Lehrmeinungen und dem tatsächlichen Lebensgefühl der Menschen.

Das alles bleibt natürlich nicht ohne Folgen für die CDU. Der Hinweis auf den pragmatisch-sachlichen Charakter ihrer Entscheidungen reicht für regelmäßige Wahlsiege nicht länger aus. Und hier hat die CDU in der Vergangenheit durchaus Fehler begangen: Zuerst verschloss sie zu

lange die Augen vor dem allmählichen Abschmelzen ihrer Stammwählermilieus. Gleichzeitig hat sie ihre Grundwerte zwar noch benannt, aber eben nicht (mehr) erklärt. Soziale Marktwirtschaft und christliches Menschenbild wurden so zu Worthülsen und Leerformeln. Die Union hat es aber auch versäumt, ihre drei konstitutiven Programmsäulen, die christlich-soziale, die liberale und die konservative, in ihrer ganz besonderen Beziehung zueinander darzustellen.

Die CDU definiert den Menschen über seine Eigenschaft als Person. Die Personalität des Menschen, Ursprung und Voraussetzung seiner Würde, ist das Ergebnis einer gleichberechtigten Kombination aus den Rechten und Bedürfnissen des Menschen als Individual- wie als Sozialwesen. Für die Christlichen Demokraten jedenfalls stellt der Mensch ein vernunftbegabtes, doch von Natur aus unvollkommenes Wesen dar, zu dessen elementaren Merkmalen eine natürliche Ungleichheit, besser Verschiedenheit von Profilen und Begabungen zählt. Die dem Menschen naturrechtlich zukommende unantastbare individuelle Würde gebietet es geradezu, seine Unterschiedlichkeit nicht nur zu akzeptieren, sondern ihn soweit als möglich in seinen Stärken zu fördern. Nicht die Gleichheit der Lebensverhältnisse des Einzelnen ist hiernach das Ziel der Politik, sondern die Ermöglichung begabungsgerechter Lebensperspektiven. Hierfür braucht es jedoch Freiheit.

Das liberale Element in der christlich-demokratischen Programmatik folgt einem Freiheitsverständnis, nach dem Freiheit nie grenzenlos ist und keineswegs erst da endet, wo die Freiheit des anderen verletzt wird. Es steht und fällt vielmehr mit der Beachtung sittlich-moralischer Verhaltensregeln sowie der persönlichen Verantwortung. Demgegenüber existiert jedoch auch eine kalte, technokratische Freiheit. Eine solche Freiheit des praktisch uneingeschränkten ökonomischen wie auch des sozialen Wettbewerbs provoziert vielfach Skepsis, Ablehnung, Abwehr, denn eine solche Freiheit wird von den meisten Menschen nicht als Chance, sondern als Bedrohung und Überforderung empfunden. Es entsteht das Gefühl elementarer Unsicherheit. Das christlich-demokratische Freiheitsverständnis ist aus diesen Gründen ein bewusst norma-

tives, welches gleich weit entfernt ist von einem wertebinden Laissez-faire-Denken wie von schrankenloser Libertät.

Es unterscheidet sich aber auch vom konservativen Freiheitsbegriff. Den „klassischen Konservatismus“ mit seinem eher statischen Gesellschaftsbild zeichnet zwar ein prinzipiell positives Verhältnis zum Freiheitsprinzip aus, doch zugleich ein höchst ambivalentes zu dem der „Sicherheit“. Konservative bejahen und fordern Sicherheit dort, wo sie vor allem die bürgerlichen Freiheiten gefährdet wännen: Also staatlich garantierte Sicherheit vor äußeren Gefahren, die Sicherheit des Privateigentums und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, mithin die innere Sicherheit in Gestalt einer starken und durchsetzungsfähigen Polizei und Justiz. Konservative begegnen jedoch skeptisch bis ablehnend jeder Definition von Sicherheit, soweit jene als soziale Kategorie begriffen wird. Sie wittern hierbei die Gefahr einer Nivellierung des Leistungsgedankens, der Belohnung von Trägheit und Immobilität, schlimmstenfalls der Einschränkung personeller Freiheit zugunsten sozialer Homogenität in der Gesellschaft durch staatliche Umverteilung und Kontrolle. Freiheit und soziale Sicherheit werden vor diesem Hintergrund von Konservativen nicht selten als unvereinbare Gegensätze verstanden. Konservative Politik begünstigt daher traditionell eine maximale wirtschaftliche Freiheit. Das aber war und ist nicht das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Christlichen Demokraten, weil es weder den gesellschaftlichen Realitäten gerecht wird noch mit der christlichen Anthropologie in Einklang zu bringen ist. Und deswegen hat es die CDU auch niemals nötig gehabt, sich das Attribut eines „mitfühlenden Konservatismus“ zuzulegen. Der Konservatismus der Union ist vielmehr ein ausgeprägter Wertekonservatismus, der das Streben nach innerer wie äußerer Sicherheit mit demjenigen nach der Vergewisserung der eigenen Wurzeln und Ursprünge verbindet. Ein solcher Konservatismus ist nicht rückwärtsgewandt, sondern versucht, in der Zukunft Bewährtes zu erhalten, um eben diese Zukunft sicher und erfolgreich gestalten zu können. Ein solcher Konservatismus ist deshalb sogar ausdrücklich modern, weil er in permanenten Zeiten des Umbruchs und ständiger Veränderung den Blick dafür nicht verloren hat, dass der Staat immer von Voraussetzun-

gen leben wird, die er selbst nicht schaffen kann. Und nur wer weiß, wo er herkommt und wer er ist, kann auch sagen, wohin er will. Das Leben ist Entwicklung. Wer aus einem solchen Bewusstsein heraus handelt, handelt deshalb zukunftsorientiert und nachhaltig.

Überträgt man nun diese drei konstitutiven Programmsäulen der Union auf politische Schlüsselbegriffe, ergibt sich folgendes, auf Kurt Biedenkopf zurückgehendes Modell: Wie in einem gleichschenkligen Dreieck stehen im christlich-demokratischen Politikverständnis **Freiheit**, **Gerechtigkeit** und **Solidarität** zueinander. Keiner dieser Begriffe ist ohne die beiden anderen denkbar. Doch die Freiheit steht an der Spitze, auf sie laufen die Linien von Gerechtigkeit und Solidarität zu, von ihr sind jene aber auch abhängig und letztlich abzuleiten. Ohne Freiheit keine Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit keine wahre Solidarität, ohne Gerechtigkeit und Solidarität aber auch keine echte Freiheit. Das Prinzip der Freiheit wiederum ist an das des sozialen Ausgleichs gebunden; ohne Sozialpolitik kann kein Wettbewerb entstehen, ohne Wettbewerb ist aber auch keine reelle und vor allem erfolgreiche Sozialpolitik möglich.

Eine politische Programmatik, welche ihre Kraft, Inspiration und Legitimation aus dem christlichen Menschenbild bezieht, steht heute vor großen Herausforderungen. Einmal sicher deswegen, weil die gesellschaftliche Akzeptanz des Christentums und dessen kulturelle Verankerung in der Bevölkerung erheblich abgenommen haben. Hinzu kommt der Umstand, dass die wachsende Vereinzelung des modernen Menschen einhehr geht mit dem vielfachen Wunsch nach vermeintlich einfachen Lösungen der diversen gesellschaftlichen Probleme durch den Staat. Politisches Handeln, das auf den Grundwerten der Christlichen Demokratie beruht, ist dagegen zwingend auf die Wiederentdeckung und Erhaltung jener vorstaatlichen Räume angewiesen, in denen sich gefestigte Persönlichkeiten erst formen und entwickeln können. Zugleich gilt es für Staat und Gesellschaft, die materiellen Voraussetzungen für die personelle Entfaltung und Entwicklung des Einzelnen sicherzustellen. Erst dann können sich die subsidiär angelegten Strukturen ausbilden,

die es dem Staat gestatten, sich im eigenen wohlverstandenen Interesse zugunsten der Kreativität, Eigeninitiative sowie Eigenverantwortung seiner Bürger zurückzuziehen, um der eigenen systematischen Überforderung zu entgehen. Nichts anderes ist mit dem Begriff des „Subsidiaritätsprinzips“ gemeint.

Die Defizite hinsichtlich der Erklärung ihrer Politik haben zweifellos einen erheblichen Anteil an den Schwächen der CDU bei jüngeren Wählern und in Großstädten, an zurückgehenden Mitgliederzahlen und einer Überalterung der Basis, an der schwindenden Präsenz der Union im vorpolitischen Raum, eine ihrer großen Stärken in der Vergangenheit. Der Politologe Ulf Poschardt merkt hierzu an: „Es fehlt die große Erzählung für ein modernes bürgerliches Projekt. Wer die in den Städten nicht erzählen kann, dem hört man bald auch auf dem Land nicht mehr zu.“ Eben jene „große Erzählung“ kann und darf für die CDU aber nach wie vor nur das „C“ in ihrem Namen sein. Ohne das „C“ als Ausdruck eines „säkularisierten Christentums“ mutierte die Union entweder zur reinen „Konservativen Partei“ nach britischem Vorbild oder zur sektiererischen christlich-fundamentalistischen Splitterpartei. Beide Parteitypen sind in Deutschland indes nicht mehrheitsfähig. Die Union verlöre so die sie als Volkspartei zusammenhaltende Klammer, ihre Verankerung in der Mitte einer säkularen, jedoch werteorientierten Gesellschaft und den Anspruch, eben diese Mitte politisch zu repräsentieren.

Die CDU muss daher die Fähigkeit zurückgewinnen, Politik aus ihren Grundsätzen darzustellen und zu erklären, pragmatisch, zuverlässig, berechenbar, undogmatisch aber eben doch wertebezogen. Dann kann ihr der schwierige Spagat gelingen, ihre Stammwählerschaft zu halten und gleichzeitig in einer kulturell vielfältiger gewordenen Gesellschaft neue Wähler zu gewinnen. Auch Andersgläubige, Agnostiker und Atheisten. Und das gilt für die Großstädte ebenso wie für die ländlichen Regionen, in unserem Fall für das ganze Land Nordrhein-Westfalen. Das ist die zentrale Aufgabe, der Sinn des Experiments, einmal die politischen Grundsätze der Landespartei zu definieren.

Ein solcher Versuch wurde bislang in Nordrhein-Westfalen noch nicht gewagt. Noch nie hat die NRW-CDU die Grundlagen ihrer Politik in konzentrierter Form sowohl hinsichtlich ihrer allgemeinpolitischen Gültigkeit wie auch spezifisch auf das Land Nordrhein-Westfalen bezogen definiert. Wozu es jedoch führen kann, wenn eine Partei nicht mehr in der Lage ist, ihre politischen Vorstellungen stimmig zu erklären bzw. zu begründen, hat die letzte nordrhein-westfälische Landtagswahl eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Und deshalb war die Forderung aus vielen Kreisverbänden, die eigenen programmatischen Fundamente wieder freizulegen und sie zur Formulierung moderner Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit heranzuziehen, nur konsequent.

Denn ein solcher Prozess dient nicht nur der eigenen Selbstvergewisserung, sondern schärft auch die Trennlinien gegenüber den politischen Wettbewerbern, gerade in Nordrhein-Westfalen. Auf der einen Seite stehen nämlich hier in Gestalt von SPD und Grünen die Verfechter eines Staatsverständnisses, das am liebsten alle bestehenden Unterschiede in der Gesellschaft einebnen, alle Menschen gleichbehandeln und jedem Einzelnen die Notwendigkeit individueller Entscheidungen oder persönlich schwieriger Erfahrungen abnehmen möchte. Dafür allerdings braucht es einen starken, omnipotenten und omnipräsenten Staat, der soviel Kompetenzen wie nur irgend möglich an sich zieht und sich damit systematisch finanziell wie administrativ überfordert. Auf der anderen Seite sammeln sich in der CDU diejenigen, die gerne als ewiggestrig klassifiziert werden, weil sie noch immer der Überzeugung anhängen, ein gesundes Staatswesen könne auf Dauer nur eines sein, das sich im eigenen Interesse zurücknimmt, das Subsidiaritätsprinzip befolgt und seinen Bürgern das Grundvertrauen entgegenbringt, eigenverantwortlich, das heißt mündig, über das eigene Leben zu entscheiden bzw. auch mit Krisen und Herausforderungen fertig zu werden.

Die CDU muss sich aus ihrem Selbstverständnis entschieden gegen das weit verbreitete Missverständnis wenden, beständig Gleichheit mit Ge-

rechtigkeit zu verwechseln. Wer alle und alles gleich behandelt, behandelt den einzelnen am Ende ungerecht. Und wer alle und alles gleich fördert, fördert letztlich niemanden mehr. Gerade in der Familienpolitik verwirklicht die Union deshalb ihre Grundwerte von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. In ihr spiegelt sich in einem zentralen Punkt die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips als Gegenentwurf zum egalisierenden Staatsprinzip. Und trotz aller Säkularisierungstendenzen in der sich immer moderner und aufgeklärter wahnenden Gesellschaft gilt offensichtlich der Befund, dass mit ihrer Politik die Union und nicht etwa Sozialdemokraten und Grüne für das Lebensgefühl breiter Bevölkerungskreise, für die und in der Mitte der Gesellschaft steht. Denn wie sonst soll man es erklären, dass sie die einzige Partei im deutschen Parteiensystem ist, die bundesweit unverändert Wählerpotentiale jenseits der 40-Prozent-Marke zu mobilisieren vermag.

Die CDU kann daher auch in Nordrhein-Westfalen bei nüchterner Betrachtung der Fakten in aller Gelassenheit der Klärung der Frage entgegensehen, wer von den politischen Kräften in diesem Land die moderneren, überzeugenderen Angebote zu machen in der Lage ist. Vorausgesetzt, sie lernt wieder, sie verständlich und anschaulich zu kommunizieren.

„Gibt es eine christliche Politik?“

1. Regionalkonferenz

07. Mai 2013, Wissenschaftszentrum Bonn

Rede von Armin Laschet

- Zusammenfassung -

Die Selbstverständlichkeit, mit der bis in die 1970er Jahre die Verbindung von Christentum und Parteipolitik breit akzeptiert war, gibt es heute nicht mehr. Heute ist das „C“ im Parteinamen der CDU keine sich selbsterklärende Selbstverständlichkeit mehr.

Es gibt zwei gesellschaftliche Fliehkräfte, die hierfür verantwortlich sind:

- zum einen Säkularisierung, Entkonfessionalisierung und religiöser Indifferentismus;
- zum anderen eine Entfremdung der Amtskirchen durch Skandale sowie einer wachsenden Kluft zwischen kirchlicher Lehrmeinung und dem tatsächlichen Lebensgefühl der Menschen.

Die CDU muss hieraus Konsequenzen ziehen, ihre Grundsätze deutlicher erklären und sie breit diskutieren.

Das „C“ korrespondiert mit vier zentralen Begriffen: Werte, Glaube, Ethik und Religion.

- Werte wie Rechtsbewusstsein, Verantwortung, Hilfsbereitschaft, Toleranz und Pflichterfüllung sind Kompass und Rückversicherung einer modernen Gesellschaft. Sie bieten Halt, Orientierung, Geborgenheit und Sicherheit. Leitwerte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**.
- Glaube ist von Natur aus privat.
- Der Begriff Ethik ist zunächst wertneutral.

- Religion bedeutet Rückbindung des Menschen wie der menschlichen Gemeinschaft an eine überweltlich-göttliche Daseinsform.

Unsere Staatsordnung ist weltanschaulich neutral, liberal und tolerant. Dennoch weiß sie um ihre kulturellen Determinierungen und die Fundierung ihres Wertekanons in der christlich-abendländischen Geistesgeschichte. **Darf es aber eine „christliche Politik“ geben?**

Eine Vermischung von Politik, Religion und Glaube, also des Metaphysisch-jenseitigen mit dem Praktisch-diesseitigen, darf es in jedem Fall nicht geben. Dies führte zu religiösem Fundamentalismus, zur Einteilung in „richtig“ und „falsch“ und damit zu Intoleranz und Unfreiheit. **Wie kann aber eine reelle „christliche Politik“ aussehen?**

Eine christliche politische Ethik muss ihre Grundlagen in der christlichen Auffassung von Mensch, Gesellschaft und Geschichte finden, wie sie in der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik dargelegt ist. Ausgangs- und Orientierungspunkt dieser politischen Ethik ist das **christliche Menschenbild**.

Die christliche politische Ethik fußt auf einem durch und durch vernünftigen und dezidiert rational argumentierenden Sittlichkeitsbegriff, der auch für Nicht-Christen oder Agnostiker prinzipiell akzeptabel ist. Politische Ethik in diesem Sinne erfordert von den Politikern demnach nicht, die Menschen moralisch zu bessern, sondern ihnen ein praktikables, rational begründetes und ethisch vertretbares politisches Lösungsangebot zu unterbreiten.

Angesichts zunehmender Säkularisierung, breiter öffentlicher Kritik an kirchlichen Privilegien und staatlicher Förderung stellt sich die Frage, ob eine christliche Volkspartei die Mitte der Gesellschaft noch politisch vertreten kann und ob das „C“ im Parteinamen somit überhaupt noch zeitgemäß ist. Darüber gilt es miteinander zu diskutieren.



**Dr. Franz-Josef
Overbeck**

1964 in Marl geboren. Theologiestudium in Münster und Rom. 1989 Priesterweihe in Rom durch Joseph Kardinal Ratzinger. Seit 2009 Bischof von Essen. Seit 2011 Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr.

Foto: N. Cronauge

Rede von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

- Zusammenfassung -

Bezug nehmend auf Max Weber ist festzustellen, dass Politik als reines Machtstreben selbstbezogener Menschen ins Leere und Sinnlose läuft. In der Politik darf der Sinn, der Dienst an der Sache, nicht fehlen. Hier ist der Anknüpfungspunkt zur „christlichen Politik“.

Religion beschreibt nicht eine naive Gegenwelt zur rauen Gesellschaft. Sie ist als weitere Facette des Menschen einfach die andere Seite der Medaille zu den vielen Ausformungen anthropologisch zu bestimmender Lebenswirklichkeiten. In der Religion geht es um den Bezug auf das Ganze, um den Sinn des Lebens, den man erst im Rückgriff auf das Transzendente begreifen kann.

Im christlichen Menschenbild kommt jedem einzelnen deswegen absolute Würde zu, weil wir als Christen glauben, dass jeder als individueller Ausdruck der guten Schöpfung Ebenbild Gottes selber ist. Der Kern religiös-christlichen Wirkens ist die personale Beziehung zu Gott und den Mitmenschen und zwar zu allen. Hieraus resultiert der Öffentlichkeitsanspruch des Christentums, der sich nicht auf die eigene Gruppe beschränkt, sondern sich universalem Anspruch stellt.

Wenn wir den religiösen Pluralismus legitimer Weltanschauungen ernst nehmen wollen, können wir als Kirchen nicht das delegierte Gewissen der Politik sein. Die institutionelle und organisatorische Trennung der Sphären des Politischen und des Religiösen ist die Bedingung der nötigen Freiheit einer demokratischen und pluralen Gesellschaft ohne fundamentalistische Kurzschlüsse.

Kirchen wollen nicht Politik möglich machen, sie weisen durch ihr tun vielmehr auf die zu realisierende personale Beziehung zu Gott und allen Menschen, die sie in jedem Menschen angelegt sehen, hin. In diesem Sinne haben die Kirchen ein religiös-ethisches Programm, das Anschlüsse

für Politiker und politische Organisationen bietet. Politiker können sich für ihre Motivation und Handlungsabsichten vieles aus dem ethischen Diskurs zueigen machen und in die Logiken politischer Programmatik, Verfahren und Institutionen übersetzen.

Sowenig wie es eine christliche Sonderwelt gibt, sowenig kann es eine christliche Politik im Sinne eines politischen Sonderwegs geben. So pluralistisch und bunt sich unsere Gesellschaft gegenwärtig gibt, so unterschiedlich sind auch die politischen Vorstellungen der Menschen in der Kirche. Was aber als einendes Band solch diversen Handelns zu identifizieren bleibt, ist die Orientierung an den Menschenrechten als dem politisch-säkularen Ausdruck von praktizierter Gottes- und Nächstenliebe.

Eine „christliche Politik“ kann es daher nicht geben, sehr wohl aber Christen in der Politik, die in unterschiedlichen Parteien und Formationen ihrem Glauben entsprechend Gesellschaft zum Wohle der Menschen gestalten.



Manfred Rekowski

1958 in Masuren/Polen geborenen. Studium der Theologie in Bethel, Marburg, Bochum und Wuppertal. Von 1993 an Superintendent in Wuppertal. Seit 2011 hauptamtliches Mitglied der Kirchenleitung, seit Januar 2013 Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Rede von Präses Manfred Rekowski

- Zusammenfassung -

Sechs Thesen zu der Frage: „Gibt es eine christliche Politik?“

1. Es gibt Politikerinnen und Politiker, die aus christlicher Motivation heraus Politik machen und es gibt insofern eine christlich motivierte Politik, und zwar auch in unterschiedlichen Parteien.
2. Es gibt Konsequenzen aus dem christlichen Glauben immer auch für den Bereich der Politik und des Zusammenlebens, denn es gibt keinen Lebensbereich, in dem nicht der christliche Glaube auch Bedeutung hat, in der nicht auch Christus uns etwas zu sagen hat.
3. Die ethische Orientierung des christlichen Glaubens schärft das Gewissen, gibt den einzelnen Christinnen und Christen orientierende Maßstäbe, aber kann aus dem evangelischen Verständnis nicht zu kirchenamtlich abgesegneten politischen Maßnahmenkatalogen führen. Wichtig ist, dass das Gewissen, die Urteilsfähigkeit des einzelnen Christen geschärft und entwickelt wird, damit er oder sie Position beziehen kann eben als mündiger Christ und mündige Christin und dass das dann bisweilen vielstimmig ist.
4. Der christliche Glaube stellt Positionen in Frage, die sagen, der Status quo ist alternativlos. Der christliche Glaube sagt vielmehr immer, dass es noch Luft nach oben gibt, dass es Entwicklung gibt und dass wir noch viel von Gott zu erwarten haben. Dieses Verständnis, dass es immer noch Luft nach oben gibt, können auch Menschen teilen, die nicht christlichen Glaubens sind.
5. Wir leben in einem demokratischen Gemeinwesen, einer pluralistischen, multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft. Da ist es wichtig, dass wir uns als Christen verständlich machen, uns in den gesellschaftlichen Diskurs aktiv einbringen und für unsere Po-

sition um Verständnis werben. Dies soll nicht verschämt, sondern offensiv geschehen.

6. Wie können sich die Kirchen in die Politik einbringen? Sie bestimmen nicht, sondern sie erinnern an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten.

Rede von Dr. Claudia Lücking-Michel

- Zusammenfassung -

Ja, es gibt eine christliche Politik. Eine Erklärung in drei Schritten:

Erster Schritt: Abräumen von drei Missverständnissen

- Parteien und Politiker mit dem C im Namen sind der christlichen Lehre und Lebensführung nicht automatisch näher als andere. Die Deutungshoheit für christliche Politik liegt nicht allein bei ihnen. Am C müssen sich alle C-Politiker jedoch messen lassen.
- Ein C-Programm macht die Verortung und Ausrichtung deutlich, es gibt aber keine Antwort auf alle anstehenden Fragen. Man kann daraus jedoch Kriterien und Orientierung gewinnen, die bei der Suche nach Antworten behilflich sind.
- Die C-Parteien sind nicht der politische Arm der Amtskirche oder des Lehramtes.

Zweiter Schritt: Drei Grundhaltungen

- **Personalität:** Jeder Mensch ist Abbild Gottes und damit mit höchster, unveräußerlicher Würde ausgestattet.
- **Subsidiarität:** In der jeweils kleinstmöglichen Einheit liegt die Verantwortung für die Lösung anfallender Probleme.



**Dr. Claudia
Lücking-Michel**

1962 in Dortmund geboren. Ab 1982 Studium der Kath. Theologie und Geschichte in Münster, Jerusalem und Tübingen. 1992 Promotion in Theologie. Von 2004 bis 2013 Generalsekretärin des Cusanuswerks, Bonn. Seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags.

- Solidarität: Solidarität ist die Option für die Armen, die Marginalisierten, die am Rande Stehenden. Wir orientieren uns und müssen uns orientieren an den jeweils Schwächeren. Nach der Lehre: „Was ihr dem geringsten meiner Brüder und natürlich auch der geringsten meiner Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan.“

Dritter Schritt: Drei unterschiedliche Problemlagen, in denen sich christliche Politik entfaltet.

- Die erste ist das C im politischen Alltag. Jede Entscheidungsfindung muss sich daran messen lassen, ob sie im Sinne der eben genannten Prinzipien handelt.
- Zweitens das C angesichts eines Lebensumfeldes, eines Gesamtkontextes, das stimmen muss. Christliche Politik ist also auf der Suche nach gesetzlichen, gestalterischen Regelungen, die stets verbunden werden müssen mit überzeugenden Gesamtantworten.
- Die dritte Problemlage ist das C im Ringen um den bestmöglichen Kompromiss, die herausforderndste und schwierigste Problemlage.

Christliche Politik ist eine Grundhaltung. Sie ist in erster Linie gekennzeichnet von einer großen Zuversicht und einer befreienden Hoffnung. Am Anfang steht der klare Indikativ, du wirst geliebt von Gott und bist frei. Mit dieser Zusage kann ein jeder sich nicht nur den privaten Herausforderungen stellen, sondern erst recht denen, die sich aus der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ergeben.

Diskussionsbeiträge

Franz-Josef Overbeck

Es gibt eine Spannung zwischen dem Ideal der Lehrmeinung und der Realität. Diese Spannung lässt sich nicht auflösen. Für katholische Politiker bedeutet dies, stetig ihr Gewissen zu schulen und zu prüfen und sich dann auf ihr Gewissen zu verlassen.

Norbert Rekowski

Auch in der evangelischen Ethik steht die Gewissensbildung und Urteilsfähigkeit des Einzelnen im Vordergrund. Religion kann nur Kompassnadel sein.

Claudia Lücking-Michel

Der Staat muss sich langsam auch jüdischen und muslimischen Traditionen öffnen und mit Menschen aller Religionen ein gemeinsames Werteverständnis herausarbeiten.

Armin Laschet

Natürlich ist die CDU auch für Muslime wählbar. Das christliche Menschenbild beruht auf universellen Werten, die auch Muslime, Juden, Nichtchristen und Agnostiker teilen.

Overbeck & Rekowski

Christen sollten Verantwortung in Politik und Gesellschaft übernehmen.

Franz-Josef Overbeck

Zum Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ist zu sagen, dass heutzutage alle Entscheidungen nach einem in gewisser Weise ausgelegten Gleichheitsgebot getroffen werden. Hinzu kommt, dass Ehen ausschließlich nach der Beziehungsqualität bewertet werden. Die rechtliche und die sakramentale Bedeutung spielen in der breiten Diskussion keine Rolle mehr. Vor diesem Hintergrund ist es für den Gesetzgeber schwierig, Differenzierungen vorzunehmen. Die Kirche ist jedoch weiterhin der Auffassung, dass Kinder alleine in die Ehe von Mann und Frau gehören. Hier muss es die Möglichkeit einer Ungleichbehandlung geben, die nicht als Diskriminierung verstanden werden darf.

Claudia Lücking-Michel

Das zentrale Kriterium muss das Kindeswohl sein. Ich sehe es in der klassischen Familie am besten gewahrt. Es gibt viele, die das anders sehen. Hier gilt es weiter zu diskutieren.

Manfred Rekowski

Es ist wichtig, dass in Familien Werte gelebt werden. Das ist in vielen klassischen Ehen nicht mehr der Fall, während gleichgeschlechtliche Partner diese Werte oftmals leben. Deshalb verurteile ich diese Lebensform nicht.

„Nordrhein-Westfalen und Europa in einer globalisierten Welt“

2. Regionalkonferenz

17. Juni 2013, Forum Produktdesign Solingen

Rede von Dr. Edmund Stoiber

- Zusammenfassung -

„Bayern ist meine Heimat – Deutschland ist mein Vaterland – Europa ist unsere Zukunft.“

Die These, dass Europa unsere Zukunft ist, ist weiterhin richtig. Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß und Helmut Kohl haben die europäische Integration in die DNA der Union eingebrannt. Sie hatten recht und sie haben noch immer recht: Europa ist unsere Zukunft!

Die europäische Integration war die Lehre aus den Erfahrungen der verheerenden Weltkriege. Seine historische Friedensmission hat Europa in großartiger Weise erfüllt, aber diese Funktion reicht heute als Begründung alleine nicht mehr aus.

Auch ökonomisch ist Europa unsere Zukunft. Europa ist unser wichtigster Markt. Darum brauchen wir auch den Euro. Eine Rückkehr zur nationalen Währung hätte dramatische Folgen: Aufwertung, Exportrückgang, steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Steuereinnahmen.

Europa ist auch politisch unsere Zukunft. In den vergangenen Jahrhunderten haben wir in Europa gemeinsame Wertvorstellungen wie Menschenwürde, Gleichberechtigung, Religions- und Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit, etc. entwickelt. Diese Werte können wir global nur gemeinsam vertreten, denn unsere Gesellschaften schrumpfen während andere wachsen.



Dr. Edmund Stoiber

1941 in Oberaudorf geboren. Studium der Politik- und Rechtswissenschaft in München. Von 1993 bis 2007 Ministerpräsident des Freistaates Bayern. Seit 2007 Beauftragter der EU-Kommission für Bürokratieabbau.

Foto: Bayerische Staatskanzlei

Was kann Europa besser machen?

- Die europäische Integration muss sich von einem Projekt der Eliten zu einem Projekt der Bürger entwickeln. Dazu bedarf es: Transparenz, Diskurs und Partizipation. Die Umsetzung von Entscheidungen muss schneller gehen, die Resultate für die Bürger sichtbarer werden. Das Europäische Parlament muss deutlich gestärkt werden, es braucht bspw. ein Initiativrecht. Zudem bedarf es einer besseren Rückkopplung der EU-Kommission mit den politischen Debatten in den Mitgliedsländern.
- Europa muss die Akzeptanz bei den Bürgern zurückgewinnen. Für viele ist die EU vor allem ein Moloch der Bürokratie. Daran muss sich etwas ändern. Ziel muss sein: weniger Europa in den kleinen Dingen und mehr Europa in den großen Fragen.
- Die Kompetenzverteilung muss überdacht werden. Das Prinzip der Subsidiarität muss hier richtungsweisend sein. Die Straße nach Brüssel darf keine Einbahnstraße sein.
- Die europäische Ebene und die der Nationalstaaten müssen enger miteinander verzahnt werden. Bisher war es oft ein neben- oder gar ein gegeneinander.
- Pacta sunt servanda! Dieser Rechtsgrundsatz muss auch in Europa gelten. Die Verträge von Maastricht, der Stabilitätspakt und der Fiskalpakt sind die vertragliche Grundlage des Euro, aber die damit eingegangenen Verpflichtungen wurden in vielen Fällen übergangen. So kann es nicht weitergehen. Da brauchen wir mehr Kontrolle.
- In der EU werden Entscheidungen gemeinsam getroffen. Entsprechend müssen sie anschließend auch gemeinsam vertreten werden.
- Die EU ist kein Föderalstaat. Der größte Teil der politischen Verantwortung bleibt bei der nationalen Politik. Entsprechend kann und darf es keine gemeinsame Haftung für Schulden geben. Verantwortung und Haftung müssen zusammen gehören.
- Die Jugendarbeitslosigkeit ist so hoch, dass viele Mitglieder sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Da muss auch Deutschland sich stärker engagieren.

Aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke hat Deutschland eine Führungsrolle in Europa eingenommen. Dadurch hat Deutschland eine große Verantwortung. Deshalb ist es gut und wichtig, dass die CDU sich intensiv mit der Zukunft Europas auseinandersetzt.

Diskussionsbeiträge

Andreas Schmitz

Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Die Debatte in Europa dreht sich vor allem um die Staatsschuldenkrise und die damit verbundene Euro-Krise. Wir haben in Europa in den vergangenen Jahrzehnten über unsere Verhältnisse gelebt zu Lasten nachfolgender Generationen.

Herbert Reul MdEP

Bezirksvorsitzender der CDU Bergisches Land

Die derzeitige Notlage bietet die Chance, Europa Stück für Stück weiterzuentwickeln. Es bedarf einer intensiveren Streitkultur auf europäischer Ebene. Streit würde helfen, Lösungen zu identifizieren und eine größere Aufmerksamkeit für die europäische Ebene zu erzeugen.

Edmund Stoiber

Das Problem ist, dass alle in nationalen Kategorien denken. Wir brauchen eine europäische Öffentlichkeit.

Herbert Reul

Wir brauchen eine Debatte darüber, welche Zuständigkeiten wir langfristig auf der europäischen Ebene ansiedeln wollen. Die EU muss sich in den alltäglichen Dingen zurückhalten.

Edmund Stoiber

Der Europäische Rat ist das zentrale Machtorgan der EU, denn hier sind die Regierungschefs persönlich vertreten. Nur sie haben die Macht, Entscheidungen von der europäischen Ebene in den Nationalstaaten durchzusetzen. Wir müssen aber dahin kommen, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission zu stärken und ihnen mehr Kompetenzen einräumen.

Andreas Schmitz

Europa muss demokratischer werden. Die Nationalstaaten und der Proporz sollten auf europäischer Ebene weniger Gewicht haben. Zudem muss innerhalb der Staatengemeinschaft Haftung mit Kontrolle einhergehen. Bisher werden die Verträge nicht gelebt.

Edmund Stoiber

Das 21. Jahrhundert wartet nicht auf Europa. China und andere streben auf und gewinnen an Selbstbewusstsein. Als Europäer haben wir nur zusammen die Chance, uns Gehör zu verschaffen.

„Gelingt sozialer Aufstieg durch Bildung?“

3. Regionalkonferenz

17. Juni 2013, Stadthalle Rheinberg

Rede von Dr. Ursula von der Leyen

- Zusammenfassung -

Kinder müssen erleben, dass die Aneignung von Wissen und Bildung gut tut. Sie müssen zudem die Gelegenheit haben, ihre Welt aktiv mitzugestalten. Und Kinder müssen erleben, dass sich ihnen immer wieder Probleme in den Weg stellen, die aber bewältigt werden können. Am wichtigsten ist, aber dass Kinder spüren, dass man an sie glaubt.

Für alles sind zunächst einmal die Eltern, sind die Familien verantwortlich. Aber es braucht darüber hinaus weitere Wegbegleiter und Weichensteller. Dazu gehört auch die Sozialpolitik.

Wir stehen in Deutschland vor dem Problem, dass Bildungsarmut und Arbeitslosigkeit in manchen Familien von Generation zu Generation vererbt wird. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen. Mit dem Bildungspaket haben wir ein Instrument dazu geschaffen.

Ausbildung ist das Tor zum Arbeitsmarkt. Wir haben die extrem hohe Schul- und Ausbildungsabbrecherraten deutlich senken können. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die keinen Abschluss haben, diesen nachholen, auch wenn sie schon etwas älter sind.

Die derzeitige Situation ist das Resultat einer jahrelangen Politik der Gleichmacherei durch Rot und Grün. Wir wollen stattdessen eine Schulpolitik, die die individuellen Stärken fördert und den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit der Entfaltung bietet.



Dr. Ursula von der Leyen

1958 in Brüssel geboren. Studium der Volkswirtschaft in Göttingen und Münster, Medizinstudium in Hannover. Von 2005 bis 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, anschließend Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Seit Dezember 2013 Bundesministerin der Verteidigung.

Kinder brauchen Vorbilder. Sie müssen bei ihren Eltern sehen, wie es funktioniert. Und deshalb muss derjenige, der Vollzeit arbeitet, am Ende des Monats auch seinen Lebensunterhalt selbstständig bestreiten können. Deshalb brauchen wir Mindestlöhne, branchenspezifische und regionalspezifische Mindestlöhne, die von den Tarifpartnern ausgehandelt werden.

Eines ist klar: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Und deshalb dürfen wir die Hartz-IV-Sätze nicht ohne weiteres erhöhen, stattdessen müssen wir den Menschen helfen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Wir brauchen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und für Väter.

Und Unternehmen müssen endlich begreifen, dass Mütter gute Beschäftigte sind, die gut organisieren können, die stressresistent und zuverlässig sind.

Wir brauchen mehr Frauen in den Chefetagen. Der Mittelstand ist bereits gut aufgestellt. In den Großkonzernen sieht die Sache ganz anders aus und deshalb brauchen wir hier eine Frauenquote für die Besetzung der Aufsichtsräte von 30 Prozent.

Menschen mit Migrationshintergrund sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Wir müssen deren Qualifizierung verbessern und ihnen so Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen.

Die Ursache des demografischen Wandels liegt auch in der höheren Lebenserwartung heutiger Generationen. In den letzten fünf Jahrzehnten hat die durchschnittliche Lebenserwartung um zehn Jahre zugenommen. Deshalb müssen wir ein neues Bild vom Alter bekommen. Wir müssen das Potenzial der älteren Generation wahrnehmen und nutzen.

Diskussionsbeiträge

Dr. Mark Speich

Geschäftsführer der Vodafone Stiftung Deutschlands

Bei der Besetzung der höchsten Positionen spielen Note und Leistung kaum eine Rolle. Der Habitus ist an vielen Stellen entscheidender als Noten und Leistung. Was wir brauchen, ist eine Förderung der Talente. Man muss die Eltern in die Lage versetzen, ihre Kinder fördern und unterstützen zu können.

Franz Meurer

Pfarrer in Köln

Es muss stets Ehrenamtliche und Hauptamtliche geben. Anders geht es nicht.

Armin Laschet

Wir Christdemokraten setzen, anders als zum Beispiel die Sozialdemokraten, erst auf die Familie und dann auf den Staat.

Ursula von der Leyen

Alle, die es von einer schwierigen Ausgangslage geschafft haben aufzusteigen, hatten an wichtigen Stellen ihres Lebens jemanden, der sie gefördert und an sie geglaubt hat. Meist sind es Ehrenamtler, die Ideen haben und der Politik zeigen, wie Dinge gemacht werden müssen.

Franz Meurer

Wir müssen das „Ich“ der Menschen stärken. Das geht nur durch Stärkung der Familie und durch Stärkung von Nachbarschaften. Wir müssen Kindern das Gefühl geben, dazuzugehören.

Mark Speich

Die mündliche Ausdrucksfähigkeit spielt oft eine zu große Rolle. Das Ziel sollte sein, dies zu beenden und die Potenziale aller Schüler zu entdecken und zu fördern. Zudem sollte die Notengebung überdacht werden.

Mark Speich

In den vergangenen Jahrzehnten wurde in Deutschland zu viel über Schulstrukturen debattiert. Wir sollten mehr über Inhalte und weniger über Strukturen reden.

Ursula von der Leyen

Wir können, wenn wir in den Bereichen junge Menschen, Frauen und Ältere gut sind, dem demografischen Wandel begegnen. Dennoch wird es ohne qualifizierte Zuwanderung nicht gehen.

Mark Speich

Inklusion ist derzeit die größte Herausforderung unseres Bildungssystems. Das Konzept ist nicht durchdacht. Der Ansatz ist für viele Kinder richtig, aber er muss auch richtig gemacht werden.

Franz Meurer

Die Menschen müssen anständig bezahlt werden, Arbeit muss sich lohnen und Anerkennung geben. Wir als CDU müssen dabei sein, wenn es gilt, Probleme anzupacken und Lösungen zu finden. Die Leute wollen Politiker, die sich kümmern.

„Welche Zukunft hat Familie?“

4. Regionalkonferenz

04. September 2013, Stadthalle Meinerzhagen

Rede von Dr. Heiner Geißler

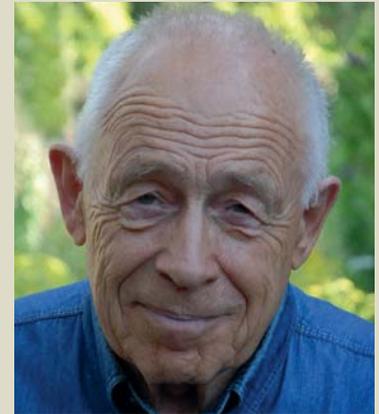
- Zusammenfassung -

Die CDU ist die erste Partei, die seit Mitte der 1980er Jahre aktiv Frauenpolitik betreibt. Wir haben das Erziehungsgeld, den Kündigungsschutz für Mütter (Erziehungsurlaub) und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung umgesetzt.

Eines der größten Probleme, das wir heute haben, ist das demografische Problem. Wir sind mit nur 1,4 Kindern pro Frau das geburtenärmste Land in Europa. Woran liegt das?

- Wenn die Berufsperspektive für einen 26jährigen aus Praktika, befristeten Arbeitsverträgen, Minijobs, Leiharbeit und Arbeitslosigkeit besteht, dann verliert er die Lust darauf, eine Familie zu gründen. Man braucht ein Minimum an sozialer Sicherheit, um eine Familie zu gründen.
- Die Folgen der Agenda 2010 sind 820.000 Leiharbeitsplätze und 7,5 Mio. Minijobs. Für fast 5 Mio. Menschen ist der Minijob ihr Hauptjob. Den Sprung auf eine Teil- oder gar Vollzeitstelle schaffen nur wenige.
- Zwei Drittel der Minijobber sind Frauen, sie verdienen wenig und haben später auch keine Basis bei der Rente.
- Etwa 7,3 Mio. Menschen sind im Niedriglohnbereich beschäftigt (Unter 2/3 des mittleren Verdienstes = zurzeit 9,54 €) Das sind 22 Prozent aller Berufstätigen.

Das Idealbild einer Familie, so wie wir es früher verstanden haben, kann heute gar nicht mehr gelebt werden. Heute müssen in der Regel beide



Dr. Heiner Geißler

1930 in Oberndorf am Neckar geboren. Studium der Philosophie, dann Studium der Rechtswissenschaften in München und Tübingen. Anschließend Tätigkeit als Richter. Langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages. 1982 bis 1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Generalsekretär der CDU Deutschlands von 1977 bis 1989.

Ehepartner arbeiten. Zudem hat sich die Mentalität der Frauen verändert, sie wollen Mütter sein, aber sie wollen auch beruflich vorankommen.

Man kann das alte Familienbild weiterhin für richtig halten. Aber wir müssen uns auch der Realität und dem Wunsch der Menschen stellen. Wir müssen uns darum kümmern, dass Frauen einen Job ausüben können, der ihrer Ausbildung entspricht und dass sie gleichzeitig eine Familie gründen können. Wenn wir über die Zukunft der Familie nachdenken, müssen wir über die heutige Rolle der Frau in der Gesellschaft und auch in der Familie reflektieren.

Drei Milliarden Menschen sind Frauen. Es gibt keinen Bevölkerungsteil auf dieser Erde, der mehr entrechtet und diskriminiert wird, bis auf den heutigen Tag, wie die Frauen. Und es ist nicht lange her, da war es bei uns ganz genauso. Und das verschwindet nicht von jetzt auf gleich, es sitzt in den Köpfen der Menschen, vor allem der Männer. Bei den jungen Menschen sieht es bereits anders aus, aber die Frage ist, ob wir in der Politik die richtigen und ausreichenden Konsequenzen gezogen haben.

Unser Menschenbild und die unteilbare Menschenwürde sind historisch gewachsen und die Konsequenz falscher Menschenbilder in vorhergehenden Epochen. Doch die derzeitige Ökonomisierung der Gesellschaft führt dazu, dass der Mensch zum Kostenfaktor wird. Hierunter leiden vor allem die Frauen, die in gering bezahlten Jobs arbeiten. Wir müssen dafür sorgen, dass ein Alleinverdiener eine Familie gut ernähren kann. Dies ist notwendig, um Familien Wahlfreiheit zu geben, ob sich einer voll und ganz um die Familie kümmert, oder ob beide arbeiten wollen. Dazu brauchen wir aber auch ausreichend Kita-Plätze. Das ist vielen in der CDU schwergefallen. Aber dazu gibt es gar keinen Grund, wenn man die Frau als gleichberechtigte Partnerin ansieht, die das gleiche Recht hat, ihren Beruf auszuüben.

Wenn wir über Familie reden, dann müssen wir uns orientieren an den Interessen der Menschen dieser Familie. Und da stehen in erster Linie die Kinder und Frauen im Vordergrund.

Rede von Prof. Dr. Ursula Münch

- Zusammenfassung -

Im deutschen Sozialstaat hat es lange nur zwei Prinzipien gegeben: das Fürsorgeprinzip und das Versicherungsprinzip. Dies galt auch für die Familienpolitik, weshalb man keine Leistungen für die Familienarbeit bekommen hat. Das hat sich in den 1980ern mit der Einführung des Erziehungsgeldes und der Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung geändert.

Die Familienpolitik hat seit den 1980ern insgesamt einen starken Wandel erlebt. Das „Brotverdiener-Modell“ ist nicht mehr das alleinige Leitbild. Heute ist der Gedanke, dass beispielsweise das Elterngeld keine sozialpolitische Leistung ist, sondern eine Lohnersatzleistung.

Ursachen für den Wandel in der Familienpolitik sind vor allem die gesellschaftlichen Veränderungen:

- Die Frauenerwerbstätigkeit hat sich kontinuierlich erhöht.
- Es hat eine starke Individualisierung in unserer Gesellschaft stattgefunden.
- Frauen können sich heute nicht mehr darauf verlassen, durch Männer versorgt zu werden. Im Fall einer Trennung sind sie mehr und mehr auf sich selbst gestellt. Man kann einer Frau daher nicht raten, aus dem Beruf auszusteigen.
- Das gesellschaftliche Bild gleichgeschlechtlicher Partnerschaften hat sich gewandelt und wir müssen uns mit der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften weiter beschäftigen, schon allein da uns das Bundesverfassungsgericht dazu zwingt.
- Deutschland erfährt einen demografischen Wandel, deshalb:
 - werden Frauen zunehmend auf dem Arbeitsmarkt gebraucht,
 - besteht ein Interesse an gut ausgebildeten Frauen,
 - sollen Frauen schnell wieder in die Erwerbstätigkeit zurückkehren.



Prof. Dr. Ursula Münch

1961 in Esslingen am Neckar geboren. Studium der Politikwissenschaften in München, Promotion und Habilitation. Seit 1999 Professorin für Politikwissenschaft (Schwerpunkt Innenpolitik und Regierungslehre) an der Universität der Bundeswehr München. Seit 2009 auch Dekanin der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften. Seit 1. November 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Treiber dieser Entwicklungen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse waren und sind die OECD, das Bundesverfassungsgericht sowie die deutsche Wiedervereinigung.

Die Politik muss sich die zentrale Frage stellen, ob Familienpolitik verschiedene Familienbilder bedienen und hier Wahlfreiheit herstellen kann, oder ob sich Familienpolitik an einem Familienbild ausrichten soll. Diese Frage ist zum Beispiel hinsichtlich des Betreuungsgeldes wichtig. Schafft das Betreuungsgeld Wahlfreiheit oder entzieht es dem Kita-Ausbau Ressourcen?



Dr. Sabine Pokorny

1981 in Wesel geboren. Studium Soziologie und Philologie in Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Beitrag von Dr. Sabine Pokorny

- Zusammenfassung -

Politik soll und muss sich an den Interessen der Menschen orientieren. Dazu Bedarf es jedoch einer genauen Kenntnis der Interessen und Einstellungen der Menschen. Wie sehen diese Interessen also aus?

Empirische Studien zeigen, dass die Wichtigkeit von Familie ungebrochen ist, auch und gerade unter jungen Menschen. Die meisten Menschen wollen eigene Kinder haben. Über 60 Prozent wollen sogar zwei oder mehr Kinder haben, in der Realität aber haben über 50 Prozent nur ein Kind. Und gerade die Zahl der kinderlosen Frauen steigt, vor allem unter Akademikerinnen. Ursache hierfür sind weniger finanzielle als mehr private Gründe.

Es hat einen Wertewandel gegeben und damit haben sich die Anforderungen an beide Elternteile verändert. Heutzutage wird Erziehung als Aufgabe von Vätern und Müttern gesehen. Gleichzeitig sollen auch beide Elternteile für Einkommen sorgen und sich beruflich weiterentwickeln können. Dazu muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hergestellt werden. Es gibt jedoch noch mehr Herausforderungen, gera-

de für Frauen. So sollen sie gleichzeitig berufstätig und nachmittags zu Hause sein. Dieser Widerspruch ist für viele nicht handhabbar. Zudem müssen Frauen heute eigenständiger sein, denn jede dritte Ehe wird geschieden.

Das gesellschaftliche Bild von Familie hat sich verändert. Familie ist nicht mehr nur Ehepaar und Kinder, sondern Familie ist überall dort, wo Kinder sind. Heutzutage wird ein Drittel der Kinder unehelich geboren, es hat eine zunehmende Entkopplung von Ehe und Kindern stattgefunden.

Diese Realitäten und der Wandel der Werte und Familienbilder müssen in der Familienpolitik eine Rolle spielen.

Diskussionsbeiträge

Armin Laschet

Wir in der CDU wollen unser Menschenbild und unsere Ideale mit der Wirklichkeit der Menschen in Einklang bringen, ohne unsere Grundsätze zu verletzen. Blüm sagt: Familie darf nicht nur im Dienste der Wirtschaft organisiert werden. Gleichzeitig wollen wir die Frauenerwerbstätigkeit steigern. Wie überwinden wir diese Kluft?

Heiner Geißler

Ökonomisierung bedeutet, dass sich die gesamte Gesellschaft nicht mehr an den Interessen der Menschen orientiert, sondern an den Interessen des Kapitals. In der Bildungs- und Gesundheitspolitik scheinen diese Interessen bereits im Vordergrund zu stehen.

Ursula Münch

Ökonomisierung ist nicht per se schlecht! Sie darf nur nicht zu mehr Druck führen, einem Druck zwischen Familie und Beruf, dem man allerhöchstens mit einem Kind gerecht werden kann.

Heiner Geißler

Familienpolitik muss sich nach den Menschen richten. Und auch die Wirtschaft muss sich, soweit möglich, nach den Interessen der Familien richten und nicht umgekehrt. Familie darf keine finanzielle Benachteiligung oder Belastung sein.

Ursula Münch

Ich denke, das Bundesverfassungsgericht wird die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare auch beim Adoptionsrecht einfordern. Die Kunst besteht darin, dem Urteil gerecht zu werden und gleichzeitig deutlich zu machen, wo das Besondere der klassischen Familie liegt. .

Armin Laschet

Für viele in der CDU gibt es da einen großen Unterschied zwischen Gleichstellung beim Ehegattensplitting und beim Adoptionsrecht. Beim Ehegattensplitting waren sehr viele dafür. Beim Adoptionsrecht kaum jemand. Das Kindeswohl wird in Gefahr gesehen.

Sabine Pokorny

Außerhalb der CDU ist es jetzt schon kein Aufreger mehr. Die komplette rechtliche Gleichstellung wird von zwei Dritteln der Befragten befürwortet.

„Sind Ökonomie und Ökologie versöhnt?“

5. Regionalkonferenz

09. Juli 2013, Kongresszentrum Oberhausen

Rede von Peter Altmaier

- Zusammenfassung -

Die Begriffe Ökonomie und Ökologie stammen beide vom altgriechischen „Oikos“ ab, was sowohl Wirtschaft, als auch Gemeinwesen oder Umwelt bedeutet. „Nomie“ bedeutet Gesetzmäßigkeit und „Logie“, das ist die Vernunft. Das Gesetz und die Vernunft in einen Gegensatz zu bringen, hat mir noch nie eingeleuchtet. Und wir haben als CDU in den vergangenen vier Jahrzehnten gezeigt, dass beides gut unter einen Hut passt.

In Deutschland und in Europa sind wir schon weit darin gekommen, Ökologie und Ökonomie miteinander zu versöhnen. In anderen Teilen der Welt sieht die Situation deutlich anders aus. Dort beginnt sich erst ganz allmählich ein Umweltbewusstsein zu entwickeln. Es wird aber in weiten Teilen der Welt noch immer Raubbau an der Natur betrieben. Dass kann uns nicht egal sein. Zum einen verzerrt es den Wettbewerb und benachteiligt unsere Wirtschaft, zum anderen sind die Folgen von Umweltverschmutzung global. Als wirtschaftlich leistungsfähiges und wohlhabendes Land muss Deutschland deshalb darüber sprechen und dafür werben, dass Umweltschutz und wirtschaftlicher Erfolg keine Gegensätze sind.

Viele Grüne sagen, wir müssen den Lebensstandard und den Wohlstand zurückfahren, um die Umwelt bewahren und retten zu können. Wenn die Alternative Umweltschutz oder Wohlstand ist, dann werden sich Millionen von Chinesen und Indern für den Wohlstand und gegen die Umwelt entscheiden. Daher werden wir, wenn wir Verzicht und Rückschritt predigen, kein Gehör bekommen. Deshalb muss es um Wohlstand und Umwelt gehen.



Peter Altmaier

1958 in Ensdorf im Saarland geboren. Jurastudium an der Universität des Saarlandes, anschließend Aufbaustudium Europäische Integration. Von 1990 bis 1994 Beamter der Europäischen Kommission. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1994. 2012 bis 2013 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, seit Dezember 2013 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts.

Wir müssen dafür sorgen, dass Energiewende, Klimaschutz und Rohstoffknappheit mit Wirtschaftswachstum vereinbar werden, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu belasten.

Wir haben in Deutschland und Europa gezeigt, dass wirtschaftlicher Erfolg und nachhaltiger Umweltschutz miteinander möglich sind. Vergleichen Sie beispielsweise unsere Flüsse heute und vor zwanzig Jahren oder gleiches gilt für die Luftreinheit.

Die Wirtschaft funktioniert nach den Gesetzen des Marktes und sie funktioniert umso besser, je mehr der Staat sich heraushält. Bei der Umwelt ist es umgekehrt. Hier muss der Staat sich einmischen, dann nämlich, wenn die Wirtschaft Kosten externalisiert, indem sie beispielsweise die Umwelt belastet und damit der Allgemeinheit Kosten aufbürdet.

Deshalb muss der Staat hier handeln und die Wirtschaft zum Reagieren zwingen. Als Bundesrepublik Deutschland haben wir die Erfahrung gemacht, dass unsere Umweltgesetze den Standort nicht geschwächt, sondern eher gestärkt haben.

Ökologie und Ökonomie miteinander zu versöhnen ist anspruchsvoll. Es bedarf gegenseitiger Rücksichtnahme, die berechtigten Interessen der jeweils anderen Seite müssen ernst genommen werden. Deshalb muss uns eine Energiewende gelingen, die Industriearbeitsplätze nicht gefährdet. Am Ende müssen wir genauso viele Arbeitsplätze in Deutschland haben wie zuvor. Deshalb müssen wir auch die Chancen erkennen, die in den Umwelttechnologien stecken. Hier haben wir einen innovativen Vorsprung und enorme Potenziale für unsere Wirtschaft. Die Energiewende, genauso wie andere Ansätze zum Umweltschutz, initiieren zahlreiche Innovationen und schließen neue Märkte auf.

Als Land haben wir eine große Chance, durch eine kluge Verbindung von Umwelt und Wirtschaft unsere Stärke nicht nur zu behalten, sondern auch auszubauen.

Rede von Ulrich Grillo

- Zusammenfassung -

Ökologie und Ökonomie bedingen einander. Wir können uns nachhaltig nur grüne Gedanken leisten, wenn wir langfristig schwarze Zahlen schreiben.

Die Umwelt zu erhalten ist ein hohes Gut, der Schutz unserer Lebensgrundlagen unabdingbar.

Nachhaltigkeit rechnet sich, denn sie bedeutet effizienter Ressourceneinsatz. In den meisten Unternehmen ist nachhaltiges Wirtschaften seit jeher Teil der Unternehmenskultur und Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs. Nachhaltiges Wirtschaften generiert Gewinn, sowohl unternehmerisch als auch gesellschaftlich.

Warum dann kein einfaches und eindeutiges Ja auf die Frage, ob Ökonomie und Ökologie versöhnt sind?

Erfolg und unternehmerischer Gewinn wiederum schaffen Investitionen und Arbeitsplätze.

Damit das weiter geschieht, sind drei Punkte essentiell:

1. Wir brauchen ein professionelles Management der Energiewende. Energie muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit, besonders im Hinblick auf Investitionen. Es bedarf einer (europäischen) energie- und klimapolitischen Gesamtstrategie.
2. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Steuer- und Haushaltspolitik. Wir brauchen in Deutschland keine Steuererhöhungen! Wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Es muss zielgerichteter ausgegeben werden.



Ulrich Grillo

1959 in Köln geboren. Bankausbildung, dann Betriebswirtschaftsstudium in Münster. Seit 2001 im Vorstand und von 2004 an Vorstandsvorsitzender der Grillo-Werke AG, einem international agierenden Familienunternehmen der Metall- und Chemieindustrie. Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie seit 2013.

3. Ziel müssen Wettbewerbsfähigkeit und Akzeptanz sein. Erfolgreiches wirtschaftliches Handeln braucht Akzeptanz und Vertrauen. Wir brauchen nicht mehr Regulierung. Stattdessen bedarf es mehr Dialog zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik.

Ich frage mich, ob die Ökologie mit sich selbst versöhnt ist.

Der zum Gelingen der Energiewende dringend notwendige Netzausbau genauso wie der Bau von Windparks wird oftmals von lokalen oder regionalen grünen Gruppen blockiert.

Wenn wir einen vertrauensbildenden Dialog erfolgreich führen, sind vielleicht Ökologie und Ökonomie irgendwann nicht nur miteinander versöhnt, sondern miteinander im Einklang.

Rede von Prof. Dr. Uwe Schneidewind

- Zusammenfassung -

Die Soziale Marktwirtschaft bedeutet Marktwirtschaft in Verantwortung, eingebettet in ein christliches Wertegerüst. Hier ist das Prinzip die Eigenverantwortung in Solidarität.

Die Soziale Marktwirtschaft war die Antwort auf die Soziale Frage. Seit den 1960er Jahren ist die Ökologische Frage hinzu gekommen. Diese war, vor allem im Ruhrgebiet, im Kern auch eine soziale Frage. Es war eine Frage der Gerechtigkeit, den Himmel über dem Ruhrgebiet wieder blau werden zu lassen.

Diese Fragen bezogen sich zunächst auf den Umweltschutz im nationalen Rahmen. Spätestens mit Tschernobyl 1986 und der Klimafrage sind wir aber in eine neue Dimension eingetreten. Das Bewusstsein, dass Umweltbelastungen, die im einen Teil der Welt verursacht werden, Auswirkungen auch auf ganz andere Teile der Welt haben, wurde geschaffen. Und dies erweitert den Solidaritätsbegriff entscheidend.

Hinzu kommt die Solidarität mit den nachfolgenden Generationen. Unser Umgang mit den natürlichen Ressourcen determiniert die Lebenschancen künftiger Generationen.

Drei Fragen stehen im Raum, wenn wir uns mit der Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie befassen.

1. Wie organisieren wir Solidarität, ohne einen globalen Rahmen zu haben? Aktuell erleben wir mit der Energiewende das international vermutlich eindruckvollste Beispiel einer Vorreiterpolitik. Die Rückwirkungen auf die künftige globale Energie- und Klimapolitik könnten umfassend sein, wenn Deutschland zeigt, dass ein solcher Umbau des Energiesystems in einem der führenden Industrieländer möglich ist.



**Prof. Dr.
Uwe Schneidewind**

1966 in Köln geboren. Betriebswirtschaftsstudium in Köln. Promotion und Habilitation in St. Gallen. Von 2004 bis 2008 Präsident der Universität Oldenburg. Seit 2010 Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.

Foto: A. Fischer

2. Wie erhalten wir Wettbewerbsfähigkeit? Hier schauen wir noch immer sehr isoliert auf die technologisch-ökonomische Innovationskraft von Branchen und Industrien. Das ist und bleibt wichtig. Wichtig ist jedoch auch der Ordnungsrahmen, dazu gehören u. A. Rechtssicherheit, ein leistungsfähiges Bildungssystem, wettbewerbsrechtliche Regulierung und zunehmend auch berechenbare ökologische Rahmensetzungen.
3. Wie kann Wohlstand ohne Wachstum entstehen? Hier gilt es, eine Ordnungspolitik voran zu bringen, die nicht nur den Marktkräften zur Entfaltung verhilft, sondern auch individuelles und bürgerschaftliches Engagement mobilisiert.

Fazit: Ökonomie und Ökologie zusammenbringen heißt, den Solidaritätsrahmen der sozialen Marktwirtschaft zu erweitern und die institutionelle Ideenvielfalt für künftige Ordnungsrahmen zu vergrößern. Und das wird denjenigen gelingen, die dies von einem klaren Wertegerüst aus tun und gleichzeitig ein gutes Verständnis für ökonomische Dynamik und ihrer produktiven Entfaltung haben. Und die Energiewende wird hier ein sehr wichtiges Testfeld.

Diskussionsbeiträge

Peter Altmaier

Ich bin Anhänger der Energiewende und der Überzeugung, dass sie gelingen muss. Wir müssen sie richtig organisieren.

Ulrich Grillo

Wenn wir die Energiewende hinbekommen, wird sie Nachahmer finden. Wir bräuchten eine europäische Energiewende.

Peter Altmaier

Bei der CO₂-Reduktion wollten wir marktwirtschaftlich vorgehen und nicht wie sonst Grenzwerte setzen. Daher haben wir das Zertifikatesystem eingeführt, welches ökonomische Anreize für Unternehmen, umweltfreundlicher zu produzieren, setzen sollte. Das System funktioniert nur leider derzeit nicht, da zu viele Zertifikate auf dem Markt sind.

Ulrich Grillo

viele Unternehmen haben ihre CO₂-Emissionen reduziert. Deshalb gibt es so viele Zertifikate und deshalb sind sie derzeit so günstig. Wir sollten Arbeitsplätze und Reduktion von CO₂ nicht gegenüberstellen und so tun als wären sie nicht kompatibel.

Armin Laschet

Ich sehe da schon einen Konflikt, denn derjenige, der strengere Grenzwerte fordert, ist moralisch immer auf der richtigen Seite. Aber wenn man immer nur schärfere Grenzwerte fordert, gefährdet das irgendwann auch Arbeitsplätze, bspw. in der Automobilindustrie.

Ulrich Grillo

Die energieintensive Industrie steht im globalen Wettbewerb, deshalb wird sie entlastet. Sie könnte sonst global niemals konkurrieren und über 800.000 Arbeitsplätze wären gefährdet.

Uwe Schneidewind

Auf kurze Sicht erscheint es widersinnig, Kraftwerke abzuschalten. Auf lange Sicht ist es jedoch richtig, denn es veranlasst uns, uns besser aufzustellen. International gibt es eher einen Wettlauf zu höheren Standards als zu niedrigeren.



Ilse Aigner

1964 in Feldkirchen geboren. Ausbildung zur Radio- und Fernsehtechnikerin, anschließend Technikerschule mit Abschluss Elektrotechnikerin. 1994 bis 1998 sowie seit 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags, 1998-2013 Mitglied des Deutschen Bundestags. 2008-2013 Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Seit 2013 bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

„Wie sichern wir Lebensqualität im ländlichen Raum?“

6. Regionalkonferenz

09. Juli 2013, Stadthalle Hilstrup

Rede von Ilse Aigner

- Zusammenfassung -

Die ländlichen Räume sind vom demografischen Wandel in besonderer Weise betroffen. Drei Punkte sind für den ländlichen Raum wichtig:

1. Die Landwirtschaft: Hier müssen wir in der europäischen Agrarpolitik Planungssicherheit schaffen.
2. Die nationale Umsetzung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, die uns nun mehr Spielräume lässt.
3. Akzeptanz und Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten sowie Infrastruktur.

Zu 1.:

- In der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik muss es einen Angleichungsprozess geben, es darf aber nicht zu Brüchen kommen, die die Existenz vieler deutscher landwirtschaftlicher Betriebe gefährden würden.
- Wir sind in Deutschland in der Umstellung auf eine marktorientierte Landwirtschaft soweit wie kein anderes Land in der EU. Wir haben die historischen Bezüge in eine regional einheitliche, auf die Fläche bezogene Prämie umgewandelt. Das war nicht leicht, denn es hat große Verschiebungen ausgelöst. Wir haben hierbei keinerlei Produktionskopplung mehr. Zudem sind die Prämien geteilt in eine Basisprämie und eine Grünenprämie, letztere für die Bereithaltung von ökologischen Vorraumflächen. Diese dürfen, und dafür haben

wir gekämpft, auch in gewissem Maße bewirtschaftet werden, denn die Flächen in Deutschland sind zu knapp, um nicht bewirtschaftet zu werden.

Zu 2.:

- Ein wichtiges Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten, dies haben wir zum Beispiel beim Agrardiesel umsetzen können.
- Für die ländlichen Räume ist der deutsche Mittelstand von besonderer Bedeutung. Eine Substanzbesteuerung würde diesen Unternehmen extrem zusetzen und ihre Existenz gefährden. Gleiches gilt für die Erbschaftssteuer. Es muss möglich sein, den Betrieb in die Hände der nächsten Generation zu geben, ohne dass Steuern fällig werden. Nur so kann der Betrieb weiter wirtschaften und Menschen beschäftigen.

Zu 3.:

- Der Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten ist von zentraler Bedeutung. Hierzu gehört natürlich die Landwirtschaft mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen ebenso wie die Ernährungswirtschaft. Jeder neunte Arbeitsplatz in Deutschland ist in dieser Branche.
- Wir müssen heute ein richtiges Bild von der Landwirtschaft vermitteln und kein verklärtes. Die Landwirtschaft in Deutschland arbeitet mit modernen Geräten und effizient.
- Wir müssen die regionale Vermarktung voranbringen, hierin liegt ein wichtiger Markttrend mit großem Potenzial.

Regionale Entwicklung

- Die Infrastruktur ist ein wichtiger Punkt für die Entwicklung ländlicher Räume, hier brauchen wir mehr Investitionen. Hierzu gehört nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, sondern zunehmend auch die Informationsinfrastruktur, sprich der Anschluss ans Breitbandnetz. Ebenso ist auch die ärztliche Versorgung von essenzieller Bedeutung für den Erhalt der Attraktivität ländlicher Räume.



Dr. Johannes Hahn

1957 in Wien geboren. Philosophiestudium in Wien, Promotion. Managementfunktionen in verschiedenen Bereichen der österreichischen Industrie. 2007 bis 2010 österreichischer Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Seit 2010 Kommissar für Regionalpolitik in der Europäischen Kommission.

Foto: Europäische Kommission

Rede von Dr. Johannes Hahn

- Zusammenfassung -

Wir haben die europäische Regionalpolitik einer umfassenden Reform unterzogen.

Unsere Regionalpolitik ist eine Politik, die nicht vorschreibt, wo, wie und was zu geschehen hat. Sondern sie ist eine Politik, die Rahmenbedingungen schafft, innerhalb denen Menschen die Möglichkeit haben, sich zu entscheiden, wo sie leben, wo sie arbeiten, wo sie eine wirtschaftliche Perspektive vorfinden, wo sie sich wohlfühlen und wo sie für sich, ihre Kinder und Kindeskiner eine Perspektive finden.

Und wir wissen aus vielen Untersuchungen, dass werden Sie auch aus der eigenen Einschätzung teilen, dass über 80 Prozent der Menschen gerne dort alt werden wollen, wo sie geboren wurden. Und es ist nun auch die Aufgabe einer vernünftigen europäischen Regionalpolitik, dies zu gewährleisten. Und natürlich gibt es Herausforderungen. Frau Minister, Sie haben das angesprochen. Etwa wenn ich gerade an Ostdeutschland denke. Die Abwanderung ist beispielsweise eine Herausforderung. Und daher müssen wir und sollten wir Antworten finden und attraktive Rahmenbedingungen schaffen, dass die Menschen im ländlichen Raum leben können.

Wir haben die verschiedenen europäischen Förderprogramme so zu justieren, dass es keine Überlappungen der Förderbereiche gibt, aber auch keine Klüfte dazwischen, wo keine Förderung möglich ist.

Wir haben die europäische Regionalpolitik ausgerichtet in einer Art und Weise, dass wir eben von einem Fokus auf Infrastrukturförderung umgeschwenkt sind auf einen Schwerpunkt, der simpel heißt: Wirtschaftsförderung. Wir müssen die kleine und mittelständische Wirtschaft in Europa, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen stärken, dass sie wettbewerbsfähig bleibt und dass wir auch in Zukunft die Rolle in der

Welt spielen, die wir heute spielen. Wir sind zwar ungefähr 500 Millionen Menschen in Europa, im globalen Maßstab sind wir aber nur sieben Prozent. Diese sieben Prozent erwirtschaften aber immer noch 22 Prozent der Weltwirtschaftsleistung. Und wir erwirtschaften auch 50 Prozent der globalen, der weltweiten Sozialleistungen. Das sage ich nicht kritisch, ich sage, darauf können wir Europäerinnen und Europäer stolz sein.

In Nordrhein-Westfalen hat es in den vergangenen Jahren sehr gute Ansätze gegeben, wie die Strukturfondsmittel genutzt werden. Weil es bekanntlich immer weniger Geld als Interesse für das Geld gibt, hat man zum Beispiel einen Wettbewerb organisiert. Und daher muss man Auswahlen treffen. Und Auswahlen kann man dann treffen, wenn man Interessenten einlädt, sich mit ihren Projekten vorzustellen, sich zu präsentieren. Die besten werden ausgewählt. So ist es in der Vergangenheit unter der CDU-Landesregierung geschehen. Und das hat uns in Europa als Blaupause gedient. Die neue Politik wurde dahin ausgerichtet, dass wir mit jeder Region quantifizierbare Ergebnisse vereinbart haben, die zum Ende der nächsten Förderperiode erreicht werden sollen. Dafür stehen wir. Das ist eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger und eine Politik, die Europa greifbar macht.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit Ihrem Engagement und der Unterstützung der europäischen Mittel die Herausforderungen, die sich stellen, bewältigen werden und gestärkt hieraus hervorgehen werden.

Diskussionsbeiträge

Armin Laschet

Wie sichern wir die Lebensqualität im ländlichen Raum?

Karl-Josef Laumann

Das wichtigste ist, dass die Menschen ihre mentale Einstellung bewahren. Sie verlassen sich nicht auf den Staat, sondern nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand. Der ländliche Raum ist geprägt von großem bürgerschaftlichem Engagement. Die kommunale Selbstverwaltung ist Ausdruck einer Bürgergemeinschaft. Die CDU muss die Partei der kommunalen Selbstverwaltung sein. Die Kommunen brauchen Entscheidungsfreiheit.

Armin Laschet

Wie kann Ärztemangel behoben, höhere Studentenzahlen erreicht und eine gleiche Bezahlung von Ärzten gewährleistet werden?

Karl-Josef Laumann

Das Land bildet zu wenige Ärzte aus. Die Bundesregierung stellt Ärzten, die in unterversorgten Gebieten arbeiten, mehr Geld zur Verfügung. Aber die Kassenärztlichen Vereinigungen setzen das nicht um. Der Ärztemangel wird die ländlichen Räume schwer treffen.

Ilse Aigner

Tierwohl hängt nicht von der Größe eines Betriebs ab, sondern vom Management. Wenn es Missstände gibt, muss dagegen vorgegangen werden. Tierquälerei ist verboten.

Armin Laschet

Lange Zeit ist es so rübergekommen, als wäre die CDU die Bauernlobby. Das ist sie aber nicht. Die CDU hat genauso den Verbraucher- und Tierschutz im Blick wie die Interessen der Landwirte. Das müssen wir besser vermitteln.

Armin Laschet

Muss die CDU ihre Position zur Massentierhaltung verändern?

Karl-Josef Laumann

Wir müssen das Thema Tierschutz als CDU sehr ernst nehmen. Wir haben hier in der Vergangenheit oftmals eine falsche Rhetorik gehabt. Wir müssen klarstellen, dass es mit uns nur eine artgerechte Tierhaltung geben kann. Wir wollen gute und gesunde Lebensmittel. Aber wir wollen auch, dass diese für jeden bezahlbar sind.

Armin Laschet

Wie ist unsere Position zum Thema Fracking?

Ilse Aigner

Die Gefahren des Frackings sind nicht klar, deshalb unterstützt die Bundesregierung das Verfahren vorerst nicht.

Karl-Josef Laumann

So lange nicht sichergestellt ist, dass es in keinem Fall zu einer Verunreinigung des Grundwassers kommen kann, werde ich Fracking ablehnen.



Günther Oettinger

1953 in Stuttgart geboren. Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Tübingen. Von 1991 bis 2005 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg. Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg von 2005 bis 2010. Seit 2010 EU-Kommissar für Energie.

„Ist das Industriezeitalter tatsächlich zu Ende?“

7. Regionalkonferenz

29. August 2013, Eurogress Aachen

Rede von Günther Oettinger

- Zusammenfassung -

Wenn man unter Industrie die Wertschöpfung versteht, egal ob industrielle Fertigung, gewerblich-technische Fertigung oder Handwerk, dann genügt ein Blick auf das Bruttonettoprodukt und den Warenkorb des Bürgers, um zu sagen, diese Industriewertschöpfung hat Zukunft.

Dass es industrielle Wertschöpfung in der Welt gibt mit steigender Nachfrage, mit steigenden Volumina, scheint mir klar zu sein, die Frage ist nur wo.

Was sind die Grundlagen, damit Wertschöpfung bei uns bleiben kann?

- Bildung wurde genannt. Zweitens Infrastruktur. Drittens vertretbare Arbeitskosten, und hier haben Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Unternehmer, Arbeitnehmer, Betriebsräte und auch die Politik in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben gemacht. Die Produktivität stieg an, die Lohnkosten waren maßvoll.
- Und dann ist da das Thema Energie. Und ich behaupte, dass Energieversorgungssicherheit einerseits und Energiepreise andererseits für die nächsten Jahre der mitentscheidende Standortfaktor sein werden. Wir brauchen weiterhin die konventionellen, grundlastfähigen Energien. Man kann das CO₂-Thema lösen.
- Es wird in jedem Fall Kohle verstromt, dann besser bei uns mit modernen Anlagen, und höherer Effizienz, als in China mit alten Anlagen.
- Wir sind auf europäische Energieinfrastruktur angewiesen und mein Rat ist, gebt Ingenieuren und Geologen die Möglichkeit, das Thema

- Schiefergas zu erproben.
- Das Thema bezahlbarer Strom wird das Maß aller Dinge werden. Das hat mit Elektromobilität und Automation zu tun. Die Bezahlbarkeit ist die Achillesferse einer Energiestrategie, wobei das Wort Energiewende das ganze ungenügend ausdrückt. Es ist eine reine Stromwende im Moment. Und es ist die Frage, wie man die Versorgungssicherheit erhält und Bezahlbarkeit erreicht.
 - Wir setzen Fehlanreize und schaffen Ungerechtigkeiten. Auf der Schwäbischen Alb stehen Scheunen, da ist keine Kuh drin und kein Traktor drunter. Jedoch Nebel drüber und Solar in der Mitte. Finanziert wird es vom Mieter aus Meiderich, der kein Dach sein eigen nennt und deshalb das verführerische Angebot der EEG nicht nutzen kann. Das EEG war ein glänzendes Gesetz in den ersten Jahren, führt jetzt aber zu purer Fehlallokation. Immer mehr Windräder dort, wo kein Bedarf besteht, aber auch keine Leitung hingebaut ist und keine Speicherung besteht. Und deswegen wird das Thema Grundlastfähigkeit, Grundlaststrom für ein Industrieland wie Deutschland entscheidend.
 - Derzeit haben wir in der Industrie, wenn man die Abschreibungen unserer Unternehmen nimmt, nur noch 80 Prozent Investitionen. Das heißt, die Deinvestition, die Deindustrialisierung ist in vollem Gang. Schleichend, nicht von heute auf morgen. Hieran hat die derzeitige Energiepolitik einen maßgeblichen Anteil.
 - Wir brauchen auch eine Energieindustriestrategie. Wir müssen alles tun, damit es relevante Energiekonzerne in Deutschland gibt, wenn man in diesem Geschäft weltweit mitreden will.

Dieses Land, Nordrhein-Westfalen, ist ein Industrieland wie kein zweites, ist die Industrieregion Europas. Dies zu erhalten, halte ich für notwendig, durch gute Bildung, Weiterbildung und Forschung, durch Infrastruktur, durch gute, tüchtige Arbeitnehmer, durch eine Kultur des Mittelstands, gerade wie es in Westfalen vorbildhaft ist. Und durch bezahlbare Energie. Und durch eine Energieindustriestrategie, die nach der Bundestagswahl zwischen den Parteien dringend zu verhandeln ist, damit die Energiewende nicht zu einer deindustriellen Entwicklung führt.



Michael Vassiliadis

1964 in Essen geboren. Ausbildung zum Chemielaboranten bei der Bayer AG. Seit 1986 hauptamtliche Gewerkschaftstätigkeit bei der IG Chemie-Papier-Keramik. Seit 2004 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie. Seit 2009 Vorsitzender der IG BCE.

Foto: IG BCE / Jesco Denzel

Rede von Michael Vassiliadis

- Zusammenfassung -

Weltweit wächst Industrie, weltweit wird Bergbau betrieben, weltweit brauchen wir immer mehr Rohstoffe, weltweit werden immer mehr Produkte gemacht, sie werden nur nicht mehr alle hier gemacht. Die Frage ist, sollten wir uns darüber freuen?

Viele der Branchen, die wir in der Nachkriegszeit und davor hatten, gibt es heute nicht mehr in Deutschland. Und das gehört durchaus zu einer weltweiten Arbeitsteilung. Auch andere Volkswirtschaften, andere Menschen wollen Arbeit und Zukunftschancen. Die Frage ist nur, ob es Volkswirtschaften geben kann, die gänzlich auf Segmente, beispielsweise die Industrie, verzichten können. Das unterstellt nämlich, dass diese Arbeitsteilung weltumspannend wäre. Das ist aber nicht so, sondern jede Volkswirtschaft braucht die Elemente von Produktion, von Industrie und natürlich auch von Dienstleistung.

Aber wollen wir noch Industrieland sein?

- Ein Großteil der Menschen hat mit Produktion, mit Industrie, mit den Wertschöpfungsketten wenig zu tun oder will damit wenig zu tun haben. Das halte ich für ein Problem. Wir brauchen mehr Akzeptanz für unsere Industrie.
- Wir haben in vielen Industrien heute noch eine Kombination aus Qualität von Arbeit, aus Innovationsfähigkeit, aus Handlungsfähigkeit, auch finanziell, die es weiterhin ermöglicht, dass unsere großen Firmen wettbewerbsfähig sind.
- In Deutschland und Europa haben wir über viele Jahrzehnte ein stabiles Verständnis von Unternehmertum aufgebaut, das auf Mittel- und Langfristigkeit ausgerichtet ist und damit auf Innovationsmöglichkeit und -fähigkeit und auf gute Qualitätsprodukte.

Das Energiethema ist für die Industrie das Thema Nummer 1. Das Erneuerbare Energien Gesetz funktioniert nicht, ist unfassbar teuer und unfassbar ungerecht. Es ist die größte Umverteilungsmaschinerie, die dieses Land je gesehen hat. Das wird überdeckt von einer kollektiven Wahrnehmung eines guten Zwecks. Es ist unverständlich, dass ein Land ohne Rohstoffe auf Teile seiner Energieinfrastruktur verzichtet und dann weiter eine Energiepolitik betreibt, mit der es seine Wettbewerbsbedingungen dramatisch verschlechtert, ohne es tun zu müssen.

Wenn wir an Industrie denken, dann denken wir an innovative, gute Produkte, an Forschung und Entwicklung, ein Symbol für die gute Zukunft. Wir laufen nun aber in eine Zeit, in der wir über Fachkräftemangel reden. Die Arbeitsmarktreformen haben das Problem der Massenarbeitslosigkeit behoben, aber sie haben die Flexibilitätsimpulse zu einem Geschäftsmodell werden lassen, das langfristig Qualitätsverluste bringen wird.

Zum Erfolg Deutschlands haben die Sozialpartnerschaft und die Tarifautonomie maßgeblich beigetragen. Wir sind gerade dabei, ein bisschen leichtfertig das Erfolgssystem der Tarifverträge und der Tarifeinheit zu verlieren.

Es geht auch um eine Strategie im globalen Wettbewerb und unsere Strategie war immer Qualitätsarbeit. Deswegen ist die Investition in Bildung, in Forschung und Entwicklung nicht ein karitatives Element, sondern eins der ökonomischen Vernunft.

Das, was uns eigentlich immer noch trägt, sind eine stabile Industrielandschaft und eine Industriegesellschaft, die auch für die Zukunft noch Wertschöpfungsbeiträge bringen kann.

Rede von Armin Laschet

- Zusammenfassung -

Wir haben in Deutschland über Parteigrenzen hinweg eine Diskussion erlebt, auch gesellschaftlich, auch medial, dass alles, was mit Ökologie, mit grün zu tun hat, moralisch besser ist als das, was nicht damit zu tun hat. Derjenige, der sich für Photovoltaik einsetzt, ist moralisch besser als jener, der sagt, wir brauchen die Braunkohle. Die Debatte ist moralisch bereits entschieden, bevor sie begonnen hat. Das zieht sich durch sämtliche Politikfelder.

Und man wird keine moralische Debatte beginnen, wenn man immer auf der „unmoralischen“ Seite steht. Dabei läuft hier einiges falsch, das auch benannt werden muss. Zum Beispiel, dass derjenige, der sich Photovoltaik aufs Dach setzt, eine Rendite dafür erhält, die der Mieter in der Sozialwohnung durch seine höhere Stromrechnung bezahlt.

Es ist unsere Aufgabe als Christdemokraten zu erklären, dass auch jener, der sich für Industriearbeitsplätze einsetzt, moralisch handelt. Wir müssen dem überheblichen Moralitätsanspruch einer bestimmten Idee widersprechen. Das ist unsere Aufgabe. Und dann muss eine Abwägung getroffen werden, es muss immer abgewogen werden, bei jeder einzelnen Entscheidung.

Die Frage ist, wie können wir es neu begründen, dass Industriearbeit auch moralisch ist. Vielleicht können wir uns auf Oswald von Nell-Breuning berufen, der die Bedeutung der Arbeit für den Menschen deutlich gemacht hat. Arbeit bedeutet Identität und hat kulturelle wie soziale Bezüge.

Und wir brauchen weiterhin Arbeitsplätze, vor allen Dingen hochproduktive Arbeitsplätze, die in der Lage sind, die älter werdende Gesellschaft zu finanzieren. Und eines ist klar, für die Umwelt und das Klima ist es besser, wenn die Industrie in Deutschland bleibt und nicht in an-

dere Länder abwandert. Denn wir haben die bessere Technik und die höheren Standards.

Die Lohnkostenfrage ist heute nicht mehr so relevant. Die Kosten für Arbeit sind in Deutschland nicht zu hoch. Aber jeder Cent Energiepreissteigerung wirkt sich negativ auf den Arbeitsmarkt aus. Das Erneuerbare Energien Gesetz verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Und nach der Energiefrage ist die Infrastrukturfrage die nächste große Frage, die wir angehen müssen. Unsere Wirtschaft kann nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie eine gut ausgebaute und in einem guten Zustand befindliche Verkehrsinfrastruktur vorfindet.

Die dritte Frage ist natürlich die der Bildung und Forschung, hiervon wird maßgeblich unsere langfristige Wettbewerbsfähigkeit abhängen.

Diskussionsbeiträge

Günther Oettinger

Die deutsche Energiepolitik dreht sich zu viel um sich selbst. Das sehen wir an der Energiewende. Es gibt nicht eine, sondern 18 Energiewenden. Und auch zahlreiche Bürgermeister und Landräte meinen, sie müssten auf diesem Feld aktiv werden. Die Politik muss hier konzertiert werden.

Armin Laschet

Es muss eine stärkere und bessere Koordinierung der Energiepolitik geben.

Michael Rutz

Publizist, Moderator der Veranstaltung

Woran scheitert eine Industriepolitik? Warum herrscht ein Gefühl, dass es nicht so schlimm ist, wenn es die Großkonzerne trifft?

Michael Vassiliadis

Die Großkonzerne haben viele Fehler gemacht. Gerade die Energiekonzerne, da sie in einer besonderen Position waren, in der ihnen die Haltung der Gesellschaft nicht so wichtig sein musste. Aus dieser Zeit stammt ein Fundamentblick auf die Großen. Es wird der Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert und gefördert, aber wie das ganze industrieverträglich finanziert werden soll, sagt niemand.

Armin Laschet

Der Vorrang für die Erneuerbaren macht Gas- und Kohlekraftwerke unrentabel. Wir brauchen sie aber für Grundlast und Spitzen. Die Systematik der EEG-Umlage muss beendet und nur noch jene erneuerbaren Energien gefördert werden, die in die Region passen und im Markt bestehen können.

Michael Rutz

Gibt es Klimawandel wirklich oder ist er Hysterie?

Günther Oettinger

Wir gehen weiterhin von einem Zusammenhang zwischen Treibhausgasemission und Klimawandel/Erderwärmung aus. Man muss aber die Zahlen kennen. Die EU ist nur für 10,5 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Und der Anteil sinkt. Die Auffassung, dass wir das Weltklima retten könnten ist schlichtweg arrogant und falsch. Ohne weltweite verbindliche Abkommen werden wir gar nichts erreichen.

Michael Rutz

Sollten wir Fracking forcieren?

Michael Vassiliadis

Es sollte ausprobiert und vor allem weiter erforscht werden. Allerdings ist das Thema zurzeit kommunikativ blockiert. Die Unsicherheit ist groß und die Umsetzbarkeit daher schwierig.

Michael Rutz

Ist hier eine rationale Politik nicht möglich?

Armin Laschet

Beim Thema Fracking ist die Ablehnung groß, auch in unserer eigenen Landtagsfraktion.

Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen: Geplante Gliederung

Titelvorschlag:

Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen

Präambel: Unser Leitbild und Selbstverständnis

- I. Politik aus christlicher Verantwortung im 21. Jahrhundert
 1. Unser Menschenbild
 2. Unser Staatsverständnis
 3. Freiheit
 4. Gerechtigkeit
 5. Solidarität
 6. Subsidiarität

- II. Handlungsfähigkeit und Finanzkraft Nordrhein-Westfalens
 1. Landesfinanzen
 2. Starkes Land – starke Kommunen

- III. Aufstiegsperspektiven für Nordrhein-Westfalen
 1. Demografischer Wandel
 2. Qualifizierte Zuwanderung und Integration
 3. Bildung und Forschung

- IV. Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen
 1. Industrie, Mittelstand und Handwerk
 2. Handel und Dienstleistungen
 3. Technologie
 4. Internationale Wettbewerbsfähigkeit und moderne Infrastruktur

- V. Solidarische Gesellschaft
 - 1. Faire Löhne für gute Arbeit
 - 2. Generationengerechtigkeit und Sicherheit im Alter
 - 3. Gleiche Chancen für Frauen und Männer
 - 4. Sicherheit und Zukunft für Familien

- VI. Energie und Umwelt
 - 1. Stärkung des Energielandes Nordrhein-Westfalen im Zeichen der Energiewende
 - 2. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz: Ein natürlicher Dreiklang

- VII. Sicherheit für Nordrhein-Westfalen
 - 1. Sicherheit im Alltag
 - 2. Sicherheit 2.0
 - 3. Rechtssicherheit durch eine starke und unabhängige Justiz

- VIII. Lebensgefühl und Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen
 - 1. Leben in der Stadt
 - 2. Leben im ländlichen Raum
 - 3. Die Metropolregion Nordrhein-Westfalen

- IX. Starke Bürger, starkes Engagement
 - 1. Ehrenamt
 - 2. Kultur
 - 3. Sport

- X. Nordrhein-Westfalens Platz in Europa und der globalisierten Welt

- XI. Tradition bewahren, Zukunft gestalten

So können Sie sich in den Grundsatzprogrammprozess einbringen

Damit Sie **CDUplus** nutzen können, müssen Sie sich einmalig unter **www.cduplus.de** registrieren. Geben Sie dabei Ihre Mitgliedsnummer an, um Zugriff auf alle Zusatzangebote zu haben. Die Nummer finden Sie auf Ihrem CDU-Mitgliedsausweis. Sollten Sie diesen nicht zur Hand haben, hilft Ihnen Ihre Kreisgeschäftsstelle gerne weiter.

CDUplus

Seit Herbst 2013 wird nun am künftigen Grundsatzprogramm gearbeitet. Die bisher erarbeiteten Textentwürfe stehen seit Ende März 2014 zur Beratung und Kommentierung durch die Mitglieder im Mitgliedernetz CDUplus bereit. Alle Mitglieder der CDU Nordrhein-Westfalen sind herzlich eingeladen, mitzudiskutieren, mitzuberaten und ihre Ansichten, Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten. Denn das gemeinsame Grundsatzprogramm soll nicht „von oben“ verkündet werden, sondern ein echtes Gemeinschaftswerk der ganzen Partei sein.

Am einfachsten geschieht die Mitarbeit im Internet im Mitgliedernetz CDUplus. Jedes CDU-Mitglied kann sich mit seiner Mitgliedsnummer unter www.cduplus.de registrieren. Dort finden Sie unter der Rubrik „Landesverband“ die Option „Grundsatzprogramm“. Hier können Sie alle eingestellten Dokumente einsehen und direkt damit beginnen, diese zu kommentieren oder Änderungen vorzunehmen. Klicken Sie dazu auf die einzelnen Überschriften.

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen!

Natürlich können Sie auch jenseits des Internets mitwirken: Der Landesverband nimmt Ihre Anregungen, Vorschläge und Kommentare gerne entgegen (E-Mail: ferdinand.schmitz@cdu-nrw.de, Telefon: 0211-13600-71). Ebenso ist der zuständige Abteilungsleiter Dr. Guido Hitze gerne bereit, auf Informations- und Diskussionsveranstaltungen vor Ort mitzuwirken.

Aus allen Anregungen, Vorschlägen und Änderungswünschen wird ein Programmentwurf erarbeitet. Bei einem Abschlusskongress soll dann dieser Entwurf erneut zur Diskussion gestellt werden, ehe er auf dem Landesparteitag 2015 den Delegierten zur Abstimmung vorgelegt wird.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
T: 0211/136 00 0
F: 0211/136 00 60
M: info@cdu-nrw.de
W: www.cdu-nrw.de

Grundsatzprogrammprozess

Zeitplan 2014-2015

ab Januar 2014

Textbausteine können in CDUplus mit dem **CDU-Pad** bearbeitet und um eigene Vorschläge ergänzt werden

26. April 2014

36. Landesparteitag, Düsseldorf
Information über aktuellen Stand des Programmprozesses

Mitte Oktober 2014

Zusammenfassung aller Texte und Übermittlung an die Mitglieder

bis ca. Mitte März 2015

Ausarbeitung des Grundsatzprogramms als Leitantrag für den 37. Landesparteitag

April 2014

Veröffentlichung einer Broschüre mit Reden vom Reformkongress sowie ausgewählten Referaten und Diskussionsbeiträgen der Regionalkonferenzen

bis Ende September/ Anfang Oktober 2014

Möglichkeit zur Bearbeitung der bisher vorliegenden Texte durch Mitglieder

Herbst 2014/ Frühjahr 2015

Abschlusskongress
Grundsatzprogrammdiskussion der CDU Nordrhein-Westfalen

ab zwei Monate vor dem Parteitag

Antragsberatung:
Übersendung des Leitantrags und Beratung in den Gliederungen

Mai/Juni 2015

37. Landesparteitag, Verabschiedung der Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen



CDU

www.cdu-nrw.de